Lippspringer Anzeiger

Lokal- und Heimatzeitung für Stadt und Amtsbezirk Lippspringe

Badezeitung

Tageszeitung für Jedermann Publikationsorgan vieler Behörden

Erscheint an allen Werktagen und kostet durch die Post oder durch unsere Boten monatlich 1.80 RM einschließlich Bestellgeld. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger, unsere Geschäftsstellen in Lippspringe und Paderborn sowie unsere Boten entgegen. Fernsprecher: Amt Paderborn 3213, Postscheck-Konto: Hannover Nummer 14342, Telegramm-Adresse: Anzeiger Paderborn

Anzeigenpreise: Die 20 Millimeter breite Millimeterraumzeile 10 Pfennig, für Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Pfennig, amtliche Anzeigen 10 Pfennig, Sammelanzeigen 15 Pfennig. Im Reklameteil die 80 Millimeter breite Millimeterraumzeile 50 Pfennig. In Konkursfällen oder bei Zwangsbeitreibung erlischt jeder Preisnachlaß. Gerichtsstand: Paderborn

Gratisbeilagen: Illustrierte Wochenschau, Sonntagsglocken, Heimatbote, Sport vom Sonntag, Am stillen Herd, Frauenwelt, Landwirtschaft

Nr. 88 — 1. Blatt | Donnerstag, den 14. April 1932. | 27. Jahrgang

Hilfe für die Donaustaaten vertagt

Der Völkerbundsrat zusammengetreten.

Beschlüsse wegen Donaustaaten auf Maitagung verschoben.

Der Völkerbundsrat trat am Dienstag unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Tardieu und unter Teilnahme des Staatssekretärs von Bülow, des englischen Außenministers Sir John Simon, des italienischen Außenministers Grandi und des polnischen Außenministers Zaleski zu seiner außerordentlichen Tagung zur Behandlung der Donaufragen zusammen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu erstattete einen kurzen Bericht. Die französische Regierung habe die Anregung der englischen Regierung aufgenommen und Lösungsvorschläge gemacht. Diese Vorschläge seien in London von den vier Mächten geprüft worden. Es wäre beschlossen worden, zunächst durch offizielle Sachverständige der vier Regierungen Vorschläge für die endgültige Lösung und ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher interessierten Mächte ausarbeiten zu lassen. Die vier Regierungen ersuchen daher den Völkerbundsrat die Mithilfe des Finanzausschusses und der Organe des Völkerbundes an den Arbeiten der Regierungssachverständigen zur Verfügung zu stellen.

Der englische Außenminister Simon schloß sich diesen Vorschlägen an. Die englische Regierung wäre jedoch gezwungen, in diesen Fragen die eigene Finanzalge und die großen Anforderungen an den englischen Kapitalmarkt zu berücksichtigen. Der italienische Außenminister Grandi schloß sich gleichfalls dem Vorschlag Tardieus an.

Staatssekretär von Bülow gab sodann eine Erklärung ab, in der er zu den Londoner Verhandlungen Stellung gnahm und in großen Zügen den Standpunkt der deutschen Regierung darlegte. In den Londoner Besprechungen ist übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, daß die notwendigen finanziellen Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Länder im Donauraum nicht das eigentliche Ziel der Aktion sein sollen, sondern daß für diese Länder eine wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden müsse, die es ihnen ermöglicht, in Zukunft aus eigener Kraft zu bestehen. In dieser Erkenntnis haben sich die an der Londoner Konferenz beteiligten Regierungen darauf geeinigt, daß für die notleidenden Länder im Donauraum ein wirtschaftliches Regime geschaffen wird, das ihre wirtschaftliche und dadurch zugleich ihre finanzielle Existenz auf die Dauer sichert.

Staatssekretär von Bülow erklärte sich zum Schluß mit den Vorschlägen über Zusammenarbeit zwischen den in London beauftragten Sachverständigen der vier Regierungen mit dem Finanzausschuß und den Organen des Völkerbundes einverstanden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit in kürzester Frist zu positiven Lösungen führen möge.

Auf Vorschlag des norwegischen Außenministers beschloß sodann der Völkerbundsrat, daß die weitere Behandlung der Donaufragen in den Händen der von den vier Regierungen in London eingesetzten Regierungssachverständigen liegen solle. Der Finanzausschuß und die technischen Organe des Völkerbundes wurden beauftragt, sich diesen Sachverständigen der vier Regierungenfür die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Vorschläge der Sachverständigen werden sodann auf der Maitagung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen.

Die Memelklage eingereicht

Tardieus „Westentaschenkanonen".

Er macht Tanks aus landwirtschaftlichen Traktoren.

Tardieu hielt im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß die auf der Konferenz immer stärker zutage tretende Tendenz der Abschaffung der Waffen keine Lösung der Abrüstungsfrage bedeuten würde. Tardieu betonte erneut, daß eine solche Lösung nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten, oder aber die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen.

Tardieu schilderte dann die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erwogen werden. **Das Wettrüsten werde niemals ausgeschaltet werden können. Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Westentaschenkreuzer" werde das „Westentaschenflugzeug" und die „Westentaschenkanone" folgen. Jedes Zivilflugzeug könne in ein Militärflugzeug umgeändert werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks.** Die französische Regierung verlange eine internationale Waffenmacht zum Kampf gegen den Angreifer.

*

Die Rede Tardieus hat in internationalen Konferenzkreisen einen wenig günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie wird übereinstimmend auf die energischen amerikanischen Abrüstungsvorschläge zurückgeführt, die für die französische Regierung eine schwierige Lage geschaffen hatten. Vor allem wird in weiten Konferenzkreisen die Erklärung Tardieus zurückgewiesen, daß der französische Vorschlag eines internationalen Sicherheits- und Garantiesystems und Schaffung internationaler Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen die einzig mögliche Lösung der Abrüstungsfrage bedeute. Man erwartet in Konferenzkreisen, daß die Ausführungen Tardieus auf deutscher und italienischer Seite schärfste Zurückweisung finden.

Die litauischen Übergriffe vor dem Haager Gerichtshof.

Die Memel-Klage eingereicht.

Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben im Haag bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Verfahren gegen die litauische Regierung beantragt. Der Antrag gründet sich auf Artikel 17 des Memelabkommens. In ihrem Antrage führen die Regierungen unter Hinweis auf die Absetzung des Präsidenten des Memeldirektoriums, Böttcher, die Ernennung eines Direktoriums unter Vorsitz von Simaitis und die Auflösung des Landtages an, daß diese Handlungen Meinungsverschiedenheiten über die Frage haben aufkommen lassen, ob sie dem Memelstatut entsprechen. Da die Meinungsverschiedenheiten weder durch die von dem Völkerbundsrat eingeleitete Untersuchung noch durch Verhandlungen zwischen den Unterzeichnern des Memelabkommens hätten beigelegt werden können, ersuchen die antragstellenden Parteien den Internationalen Gerichtshof, sich zu sechs in dem Antrage formulierten Fragen zu äußern, die auf die obenerwähnten Handlungen Bezug haben.

*

Es ist dringend zu fordern, daß diese Klage vor dem Internationalen Gerichtshof mit seinem verwickelten Verfahren nicht zu einer Verschleppung der Angelegenheit führt. Die Memelfrage ist für Deutschland zu wichtig und brennend, als daß sie auf die lange Bank geschoben werden dürfte, um eventuell mit einer rein aktenmäßigen Erledigung ihren Abschluß zu finden.

Die Russenaufträge für Deutschland.

Debatte im Englischen Unterhause.

Ein sozialistischer Abgeordneter fragte im Englischen Unterhause, ob die Regierung davon unterrichtet sei, daß die Räteregierung neuerlich einen Auftrag auf 300 000 Tonnen Eisen und Stahl nach Deutschland erteilt habe und was die englische Regierung in Anbetracht dieser Tatsache für Maßnahmen ergreifen wolle, um den größtmöglichen Anteil des russischen Auftrages, insbesondere für Eisen- und Stahllieferungen, für den englischen Handel zu sichern.

Der Regierungsvertreter antwortete zunächst, daß der an Deutschland erteilte Auftrag, soweit bisher festgestellt werden könne, sich auf 100 000 und nicht auf 300 000 Tonnen belaufe. Ein anderes Parlamentsmitglied machte darauf aufmerksam, daß zur Zeit ein russischer Auftrag für die englische Industrie gesichert werden könne, wenn die englische Regierung ihr Kreditsystem ausdehnen würde.

Der Regierungsvertreter erwiderte, er wisse, daß Rußland bereit sei, zu kaufen. Die Schwierigkeiten beständen jedoch in den langfristigen russischen Zahlungsmethoden. Ein anderer Abgeordneter erklärte, daß Deutschland besondere Kreditabkommen mit Rußland abgeschlossen habe und regte an, daß England, um mehr Aufträge zu erhalten, ähnliche Abmachungen eingehen solle.

Der Regierungsvertreter erklärte, daß bisher die deutsche Regierung keinerlei Kredite an Rußland gegeben habe.

„Unverbindliche Aussprache".

Man wird in Deutschland jetzt, nachdem die Reichspräsidentenwahl ein endgültiges Ergebnis herbeigeführt hat, wenigstens einen Augenblick herüberschauen müssen auf die außenpolitische Lage, die sich in den nächsten Tagen ganz in Genf konzentriert. Die verantwortlichen Staatsmänner der meisten europäischen Länder werden sich in jener Konferenzstadt einfinden, auch der deutsche Reichskanzler begibt sich zu längerem Aufenthalt nach Genf; weniger wohl, um sich mit den sich kaum noch vorwärtsschleppenden Beratungen der Abrüstungskonferenz zu befassen, als mit Fragen, deren Lösung für uns Deutsche im Augenblick von größter Wichtigkeit sind.

Wenn wir also über unsere Grenze hinausschauen, dann dürfte sich wohl niemand verhehlen, daß die politischen „Beziehungen" wieder einmal zum Teil überaus unerfreulich wurden und sind. Alle Welt, besser gesagt: die Völker vor allem Europas, haben eine Beruhigung dringendst notwendig, — und das gerade Gegenteil ist eingetreten. Mit größter Bereitwilligkeit ist am 16. März die Abrüstungskonferenz auf fast vier Wochen vertagt worden und man dürfte auf ihr auch in den nächsten Wochen einen ähnlichen „Geschwindigkeitsmarsch" antreten wie bisher. Man wird also — „auf der Stelle treten"! Das ist ja in der Zeit seit Anfang Februar, als diese Tausende von Delegierten in Genf zusammenkamen, dort zur üblichen Gewohnheit geworden. Man ist ja auch an keinen Schlußtermin gebunden für das, was die Diplomaten in Genf an „Arbeit" leisten. Man spricht ja eigentlich auch gar nicht mehr von einer „Abrüstung", sondern höchstens von einer „Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen", wobei gewisse temperamentvolle Spezialäußerungen des französischen Ministerpräsidenten nicht gerade förderlich wirkten!

Um an oft Gesagtes noch einmal zu erinnern: der von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeitete und der Konferenz vorgelegte Entwurf ist für Deutschland unannehmbar, weil er ausdrücklich für uns eine neue Festlegung auf die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats vorsieht. Allerdings sind gegen diesen Entwurf, den die Konferenz zur Grundlage ihrer Beratungen wählte, derartig viele Proteste erfolgt, sind so viele Abänderungsvorschläge eingelaufen, daß vollkommen in der Schwebe ist, was dabei herauskommen und — ob etwas herauskommen wird. Außerdem dürfte der neue nach Genf kommende amerikanische Sonderdelegierte, Staatssekretär Stimson, mit einem Sack älterer und neuer „Vorschläge" eintreffen, die bestimmt nicht in der Richtung des „Gendarmen"-Planes Tardieus liegen, sondern auf eine allgemeine Abschaffung der Angriffswaffen abzielen. Ob Herr Stimson damit mehr Erfolg haben wird wie ähnliche, von anderen Staaten bereits gestellte Anträge . . .?

Ein ganz unerfreuliches Zeichen dafür, daß auch sonst wieder einmal die politischen Beziehungen in Europa große Spannungen aufweisen, war ja der Abbruch der Londoner Viermächte-Konferenz, den man mit dem „Vertagungs"-Beschluß vor niemand verhüllen konnte. Es ist also nach wie vor fast unmöglich, selbst dort vorwärtszukommen, wo die Katastrophe schon nicht mehr bloß droht, sondern tatsächlich längst eingetreten ist. Allerdings versuchte Tardieu gerade diese Lage auszunutzen zu einem Vorstoß, der nach der Ansicht der anderen Mächtevertreter nie einen praktischen Erfolg an der Donau hätte herbeiführen können. Man muß also feststellen, daß Dr. Brüning in Genf sozusagen ganz von vorn anzufangen hat. Gleichzeitig findet er auch den Bericht vor, der über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Donaustaaten von dem Finanzkomitee des Völkerbundes hergestellt wurde und noch mit besonderer Dringlichkeit darlegt, wie notwendig ein schnelles und geschlossenes Eingreifen und Zusammenarbeiten der west- und mitteleuropäischen Mächte für und mit den Donaustaaten ist.

Notwendig ist's! Aber das hatte ja der Baseler Sachverständigenausschuß hinsichtlich der Neuregelung der „Reparationen und Kriegsschulden" auch gesagt! Nichts geschah — nur die Wirtschaftskrise wurde immer furchtbarer. Näher rückt die Lausanner Juni-Konferenz heran, und mit einer einfachen „Vertagung" ist es dann nicht mehr getan. Und so harrt denn in Genf auf den deutschen Reichskanzler hauptsächlich dieses Problem. Auch hieran dürfte der amerikanische Staatssekretär Stimson doch nicht so unbeteiligt sein und bleiben, wie die offizielle Politik Washingtons es gern darstellt.

Man nennt das, was in Genf vor sich gehen wird, eine „unverbindliche Aussprache". Deren hat es schon Dutzende gegeben. Aber offen und klar ist eines noch nie ausgesprochen worden: die Wirklichkeit! Immer vielmehr „triumphierte" über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten das, was die Diplomaten als „Politik" bezeichnen und was als täglich furchtbarer werdendes Schicksal über den Völkern schwebt.

Wirtschaftsfragen für Handel und Industrie.

14. General-Versammlung des Handelsamtes und der Arbeitgeberverbände für Paderborn und Umgebung.

Paderborn, 12. April 1932.

Im Saale des Hotels Luisenhof hielten Handelsamt und Arbeitgeberverbände heute ihre 14. Generalversammlung ab. Obschon der Besuch ein besserer hätte sein können, muß doch festgestellt werden, daß die Tagung einen sehr anregenden Verlauf genommen hat. Darüber hinaus ergab sich, daß für Handelsamt wie Arbeitgeberverbände auch das Jahr 1931 ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. Insbesonders war auch das Handelsamt unablässig bemüht, seinen Mitgliedsfirmen nicht nur mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sondern auch die Interessen des Gewerbes in allen Fragen mit Nachdruck zu vertreten. In welchem Umfange und mit welchem Erfolge dies auch im Jahre 1931 wieder geschehen ist, ergibt sich aus dem Geschäftsbericht, den der Syndikus Dr. Bergemeyer im Verlaufe der Versammlung erstattete und der im Auszuge nachstehend wiedergegeben ist. Die Wirtschaft erkennt diese erfolgreiche Tätigkeit an, wie die zunehmende Zahl der Mitgliedsfirmen äußerlich beweist. Und auch in dieser Oeffentlichkeit soll diesen beiden Organisationen der Dank und die Anerkennung für ihre nützliche Wirksamkeit nicht vorenthalten bleiben.

Der Vorsitzende des Handelsamtes, Verlagsbuchhändler Josef Schöningh eröffnete die Generalversammlung mit einem Worte herzlicher Begrüßung und führte daran anschließend aus:

Im vorigen Jahre hatte um diese Zeit der Reichsfinanzminister vom Ankurbeln der Wirtschaft gesprochen. Keiner hat wohl den katastrophalen Zusammenbruch in diesen Dimensionen vorausgesehen. Unerbittlich wurden die geliehenen Kapitalien zurückgezogen. Der Zusammenbruch der größten Unternehmungen, die Insolvenzen der Banken, die fortschreitende Anzahl der Konkurse und der Ausgleichsverfahren bildeten ein Trümmerfeld der deutschen Wirtschaft. Die Verknappung des Kapitals hinderte jedes Fortschreiten, es kam zu einem bedauerlichen Stillstand und zur Verschrumpfung der Wirtschaft. Diese Wirtschaftsverschrumpfung hält weiterhin an. Preise, Produktion und Umsatz sind weiter abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 6 Mill. angeschwollen. Von der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten sind nur noch 70 Prozent beschäftigt. Das zur Aufnahme von Verbrauchsgütern verfügbare Einkommen setzt seine Abwärtsbewegung fort. Die Not und wohl auch die Unsicherheit über die künftige Entwicklung zwingen zum Einsatz von Ersparnissen für den laufenden Konsum. Der Absatz der Verbrauchsgüterindustrien wird dadurch etwas gestützt. Der Absatz der Produktionsgüterindustrien unterliegt demgegenüber einem verstärkten Druck.

Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden stehen unter dem Einfluß dieser Entwicklung. Die **Sozialausgaben** haben die Tendenz eher zum Steigen als zum Fallen, indes die **Steuereinnahmen spärlicher fließen.** Der Ausgleich wird um so schwieriger, als sich erweist, daß eine **Heraufsetzung der Steuersätze das Steueraufkommen kaum noch erhöht.** Auch der währungs- und zollpolitische Wirrwarr, in den die Weltwirtschaft hineingeraten ist, macht sich je länger, desto stärker zum Nachteil der deutschen Wirtschaft geltend. Die Ausfuhr hat sprunghaft abgenommen. Die Produktionskosten sind noch immer zu hoch im Vergleich zu den konkurrierenden Ländern.

Ist es **möglich, dieser Wirtschaftskrise abzuhelfen?** Nachdem die Reichsregierung nach dem Wahlkampfe die Hände wieder frei hat, dürfen wir ein ernstes Anfassen der Probleme erwarten. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat am vergangenen Samstag einem WTB-Vertreter auf eine diesbezügliche Frage geantwortet:

„Die Regierung wird sich nächste Woche mit der Frage **der Arbeitsbeschaffung** befassen. Sämtliche beteiligten Ressorts sind mit den Vorbereitungen dazu beschäftigt. Ueber die Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffungspläne ist wohl verhandelt worden, ohne daß aber abschließende Beschlüsse gefaßt worden sind. Ueber einige Punkte ist immerhin schon eine gewisse Klarheit vorhanden.

Auf die Bitte nach einer Erläuterung seiner in der Sitzung des Gesamtvorstandes der Deutschen Staatspartei gemachten Aeußerungen von einer „Ausnutzung der wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten im kommenden Sommer, nachdem die Schwierigkeiten mit finanziellen Mitteln nicht überwunden werden könnten", antwortete der Minister: Ich habe nur von der Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten gesprochen. Die politische Möglichkeiten bedeuten natürlich zunächst nicht direkt eine Wirtschaftsbelebungen, sondern nur dann, wenn es gelingt, gewisse Probleme zu lösen. Dann kann dadurch eine Wiederherstellung des Vertrauens und daraus eine Belebung der internationalen Wirtschaft und eine Wiederherstellung des internationalen Kreditwesens erfolgen.

Frage: Was beabsichtigen Sie zur Steuerung der **Not der Gemeinden** zu tun, die heute infolge der riesigen Belastung der Gemeindehaushalte durch die Wohlfahrtsfürsorge zum Teil vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen? Antwort: Die Finanzen des Reichs hängen ebenso wie die Finanzen der Gemeinden ausschließlich ab von dem Aufwand für die **Arbeitslosen** in allen ihren Sparten, und deswegen ist die Frage, wie weit die Arbeitslosen wieder in den Erzeugungsprozeß eingeschaltet werden können, das Kernproblem. Dieses Problem hängt mit der Entwicklung der Zinsen ebensosehr zusammen wie mit der Frage: Was kann die öffentliche Hand für die Beschäftigung von Arbeitslosen tun? Ein Teil meiner Wünsche ist im übrigen dadurch in die Tat umgesetzt worden, daß die Reichsbank den Diskont gesenkt hat. Ein normaler Zins ist für die Wirtschaft wichtiger als alle Maßnahmen, welche die öffentliche Hand ergreifen kann."

Aus den Antworten dürfen wir entnehmen, daß die Regierung gerade dieser Kernfrage der Arbeitslosigkeit zu Leibe gehen wird. Sonst dürfen wir uns keiner Hoffnung auf Besserung hingeben, das Bild bleibt vorläufig trostlos.

Generaldirektor Vögler, einer unserer ersten Wirtschaftsführer, sagt auf der Eisenhüttentagung folgendes:

Das augenblickliche Bild sei grau in grau, aber **nicht** hoffnungslos. Ein Volk, das sich bei einigem guten Willen durch seine Landwirtschaft selbst ernähren könne, ein Volk der wissenschaftlichen Durchbildung wie das deutsche, mit einer Arbeiterschaft, die den Vergleich mit jeder in der Welt aufnehmen dürfe, könne nicht untergehen. Nur das eine dürfen wir nicht aufkommen lassen: die Verzweiflung. Nicht ein Wunder von außen könne uns Rettung bringen, sondern nur die eigene Kraft.

Helfe jeder, wo und wie er kann, er schaffe und strebe an dem Platze, der ihm zugewiesen, er schafft damit für sein deutsches Vaterland. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Ich kann nicht besser schließen als mit den Worten Hindenburgs: „In Einigkeit vorwärts mit Gott!"

Die Ansprache wurde mit lebhaftem Beifall unterstrichen. Nach ihr übermittelte **Brauereidirektor Röhr** im Auftrage des durch einen Trauerfall verhinderten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Direktor **Corbet**, dessen Grüße. Direktor Röhr betonte dann weiter die Notwendigkeit des Arbeitgeberverbandes. Bei dem stark angewachsenem Umfange des Tarifwesens hat sich der Arbeitgeberverband als unentbehrliche Organisation erwiesen. Arbeitgeberverband würde auch intensive Arbeit geleistet mit dem Ziele eines gerechten Ausgleiches der Interessen. Worte ehrenden Gedenkens widmete Redner noch dem verstorbenen Mitglied des Verwaltungsausschusses Werner Hartmann.

Es folgte die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Die **Jahresrechnung** für 1931 wurde genehmigt, ebenso der Voranschlag für 1932, der erhebliche Ausfälle aber auch Abstriche verzeichnet, sodaß die **Mitgliederbeiträge eine Senkung von 10 Proz.** erfahren können. Bei der folgenden **Vorstandswahl** ergaben sich nur unwesentliche Aenderungen, namentlich nachdem sich Verlagsbuchhändler Josef **Schöningh**, der seit Gründung des Handelsamtes an seiner Spitze steht und dazu als zweiter Vorsitzender der Handelskammer auch besondere Garantien für eine einträchtige und erfolgreiche Zusammenarbeit beider Organisationen bietet, dem Drängen nachgegeben hatte, sich zur Weiterführung des Vorsitzendenamtes bereit erklärte. Seine Wiederwahl erfolgte auf Antrag von Kaufmann Josef Cramer einstimmig durch Zuruf. Da Brauereidirektor **Röhr** sich außerstande erklärte, sein Vorstandsamt im Handelsamt weiter auszuüben, sich aber bereit erklärt hatte im Verwaltungsausschuß weiter zu wirken, wurde aus letzterem Direktor **Tilmann** in den Vorstand des Handelsamt und Direktor Röhr in den Verwaltungsausschuß des Handelsamtes gewählt. Im übrigen wurden die Ausscheidenden wiedergewählt. Der **Vorstand des Handelsamtes** setzt sich nunmehr zusammen: Verlagsbuchhändler Josef **Schöningh** als Vorsitzender, weiter Sägewerksbesitzer Wilhelm **Uhle**, Fabrikdirektor **Corbet** (Bentelerwerke Neuhaus), Direktor **Tilmann**, Großkaufmann Franz **Klingenthal** und Kaufmann Josef **Montag**. Den **Vorstand des Arbeitgeberverbandes** bilden: Fabrikdirektor **Corbet** als Vorsitzender, Direktor **Tilmann**, Brauereidirektor **Röhr**, Fabrikdirektor **Jansen** (Gewerkschaft Bonenburg) und Kaufmann L. **Grünebaum**.

Die aus dem **Verwaltungsausschuß des Arbeitgeberverbandes** turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder: Direktor **Grolla**, Direktor **Peters**, Fabrikbesitzer **Bongartz**, Großkaufmann **Klingenthal** und Großkaufmann **Müller** wurden wiedergewählt und anstelle des verstorbenen Mitgliedes Werner Hartmann, Spediteur Karl **Hartmann** gewählt. Für den in den Vorstand gewählten Direktor Jansen wurde Kaufmann **Klebolt** (Fa. Kornacker im Wehrden) gewählt.

Der Vorsitzende erteilt dann dem Geschäftsführer des Handelsamts und der Arbeitgeberverbände, Herrn Dr. Bergmeyer, das Wort zum

Geschäfts- und Tätigkeitsbericht für das Jahr 1931.

Dr. Bergmeyer führte u. a. aus:

Das Jahr 1931 sei zu Ende gegangen und **immer noch nicht** habe die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Man sähe nirgendwo den Ansatz zur Besserung, nirgendwo den Ansatz zu einer großen Tat. Infolge dieses Zögerns sei es erklärlich, daß die Gefahr weiterer Schrumpfung drohe mit allen verderblichen Folgen für Produktion und Beschäftigung. Dr. Bergmeyer geht dann auf

die Julikrise

ein. Die deutsche Wirtschaft hat im Sommer 1931 einen Sturm von noch nicht erlebter Schwere über sich ergehen lassen müssen. Zwischen 4 und 5 Milliarden Reichsmark bare Mittel, und zwar in der Hauptsache über die Großbanken wurden ihr entzogen. Sie hat sich in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, die ohne Beispiel ist. Die Julikrise stellte an die Geschäftsstelle die allerhöchsten Anforderungen. Sie zwang uns, fast täglich mit den Mitgliedsfirmen in Verbindung zu treten und sie bei den sich überstürzenden gesetzlichen Bestimmungen über die jeweilige Lage zu unterrichten. Der bargeldlose Verkehr wurde propagiert. Wir wandten uns gegen das Notenhamstern und **gegen die Inflationsgerüchte.** Mit den hiesigen Banken fanden Verhandlungen über die Gründung einer sog. Bankengemeinschaft statt. In engster Zusammenarbeit **mit der Presse** wurden zur Beruhigung der Bevölkerung fast täglich aufklärende Artikel herausgebracht. Ebenso wurden Richtlinien für die Aufrechterhaltung der Liquidität der Unternehmungen von Handel und Industrie veröffentlicht. Die Wirtschaftsverbände Paderborns und den Paderborner Landes schlossen sich, soweit sie auf dem Boden des Privateigentums, der Eigenwirtschaft und des selbstverantwortlich schaffenden Unternehmertums stehen, zu einem

Wirtschaftsbunde

zusammen. Eine Versammlung des Großhandels und der Industrie nahm Ende vorigen Jahres sehr eingehend zu den

Gläubigerschutzfragen

Stellung und übergab der Oeffentlichkeit eine Entschließung, in der mit Rücksicht auf die vollkommene Zerstörung von Treu und Glauben im geschäftlichen Verkehr empfohlen wurde, einem Vergleichsvorschlage nur zuzustimmen, wenn der Schuldner als zuverlässig angesehen werden könne, wenn eine ausreichende Sicherheit für die Erfüllung des Vergleiches gegeben sei und wenn die Gewähr für eine ordnungsmäßige Fortführung der Firma des Gemeinschuldners vorliege. Wiederholte Klagen über

Mißstände im Zwangsvollstreckungswesen

und über ein Versagen der mit der Zwangsvollstreckung beauftragten Organe veranlaßte uns, mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu treten. — Bei den Spitzenverbänden haben wir uns dafür eingesetzt, daß eine

Revision der Vermögensbewertung 1931

vorgenommen würde, die dem Kursverfall und den Konjunkturverlusten, die seit dem 1. Januar 1931 eingetreten sind, wenigstens einigermaßen Rechnung trüge. Die Verhandlungen, die dann auf unsere Anregung mit dem Reichsfinanzministerium geführt worden sind und sich anfangs sehr schwierig gestalteten, haben zur Aufnahme einer Bestimmung in die Notverordnung vom 9. Dezember 1931 geführt, wonach die Wertveränderungen, die seit dem 1. Januar 1931 eingetreten sind, mit steuerlicher Wirkung vom 1. April 1932 berücksichtigt werden. Der

Lebensmittelgroßhandel

des Minden-Ravensberger Landes, des Freistaates Lippe und des Bezirks Südost-Westfalen wurde in einer festgefügten Vereinigung zusammengeschlossen und unserer Geschäftsstelle angegliedert. Die Vereinigung bildete eine wichtige Stütze für den Lebensmittelgroßhandel. Sie wurde aber auch bei Streitigkeiten als neutrale Vermittlungsinstanz sowohl seitens des Lebensmitteleinzelhandels als auch seitens der Großfiltialisten usw. angerufen. — Die Zahl der

Ein- und Ausgänge

ist gegenüber dem Jahre 1926 um das 2½fache gestiegen. Die Zahl der Termine **verdoppelte** sich gegenüber 1929. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre um 51. — Die Westfälische Glasindustrie, die uns in der Vereinigung Westdeutscher **Glashütten angeschlossen** war, brach restlos bis auf ein Werk, das **zurzeit stilliegt**, zusammen.

Die Wanderlagersteuer

wurde von 100 auf 300 Proz. erhöht. Die Zahl der Wanderlagerbetriebe, die Paderborn besuchten, hat ganz auffällig seit Erhöhung der Wanderlagersteuer abgenommen. Wir wandten uns entschieden gegen Firmen, die den Versuch machten, die Wanderlagersteuer zu umgehen. Von der Wirtschaft der Stadt Paderborn wird es in heutiger Zeit nicht verstanden, daß **auswärtige** Wanderlagerbetriebe sogar von **ortsansässigen** Organisationen unterstützt werden. Festgestellt ist, daß die Wanderlagerbetriebe in den Fällen, die untersucht wurden, ihre Waren **teuerer** verkauften, als die Geschäfte der Stadt Paderborn. Hierzu kommt, daß der Stadt Paderborn durch Wanderlagerbetriebe erhebliche Barmittel entzogen werden. Die Saalbesitzer hätten in dankenswerter Weise bis auf den Pius-Arbeiterverein zugesagt, ihre Säle Wanderlagern nicht zur Verfügung zu stellen. Auch gegen Versuche, die erhöhte Wanderlagersteuer zu umgehen, indem Organisationen dabei hervortreten müßten unmöglich bleiben. In einem Falle wurde nachgewiesen, daß von einem Wanderlager für 10000 M. Stoffe hier verkauft und 3000 M. an einem Tage bar vereinnahmt worden sei. Nachweisbar konnten diese Stoffe in hiesigen Geschäften besser wie billiger gekauft werden.

Das Handelsamt wurde öfters als

Einigungsamt

für die Neufestsetzung von Ladenmieten angerufen. — Durch die Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932 wurden neue Bestimmungen über das Zugabeunwesen, das Ausverkaufswesen und die Errichtung von Einheitspreisgeschäften getroffen. Im Ganzen ist zu der Notverordnung zu sagen: Sie bedeutet für den Einzelhandel einen ganz ungeheueren und in ihrer Auswirkung noch nicht zu übersehenden Fortschritt, den wir lebhaft begrüßen müssen. — Auch im Jahre 1931 fand wiederum eine von 600 Teilnehmern besuchter

Verkaufsberatungskursus

der von der Industrie- und Handelskammer, Arnsberg veranstaltet wurde, statt.

Die Zusammenarbeit mit den

Behörden und den Berufsverbänden

gestaltete sich auch im Berichtsjahr freundschaftlich. — Die Abiturientennot 1932 führte zu einer Besprechung mit den Leitern der hiesigen Lehranstalten. Wir erklärten uns bereit, an der Unterbringung von Abiturienten in Lehrstellen von Handel und Industrie mitzuarbeiten, mußten allerdings von vornherein vor übertriebenen Hoffnungen warnen. — Mit dem Finanzamt fanden wiederholt in allgemeinen und grundsätzlichen

Steuerfragen

Verhandlungen statt. — Die neue Einheitsbewertung verursachte hier insofern schwierige Situationen, als man die Multiplikatoren für die Ermittlung der Hauswerte in einer Höhe festsetzen wollte, die den wirklichen Werten nicht entsprochen hätte. Zuerst war ein Multiplikator für Paderborn von sage und schreibe 17 vorgesehen. Es hat vieler Sitzungen bedurft, um die Widersinnigkeit dieses Planes nachzuweisen. Nach langen Kämpfen wurde Paderborn von 17 auf 10 und dann auf 6,5—8,5 herabgesetzt. — Die Steuerausschüsse wurden neu gebildet. Bei der Einkommensteuerveranlagung wirkten auch im Berichtsjahr die von uns benannten Steuersachverständigen mit. — Ende März 1932 fand zusammen mit der Generalversammlung eine öffentliche Kundgebung von Handel und Industrie des Paderborner Landes statt, die außerordentlich zahlreich, besonders von auswärts, besucht war. Als Redner sprach Regierungspräsident z. D. Brauweiler, der Leiter der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die Versammlung war von etwa 60 Behördenvertretern besucht. — Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten bzw. der Reichsregierung wurde vom Oberbürgermeister auch in Paderborn ein Luftschutzbeirat errichtet, in dem wir für die Industrie des Paderborner Landes vertreten sind.

Die Verhandlungen mit den

Privat-Telephongesellschaften

zwangen uns zu einer größeren Eingabe an den Preiskommissar. Die Senkung der Mieten, die später vom Preiskommissar angeordnet ist, ist bei weitem nicht ausreichend. — Für die völlige Beseitigung der **Hauszinssteuer** setzten wir uns wiederholt in größeren Eingaben bei den Spitzenverbänden ein. — In **verkehrspolitischen Fragen** waren wir auch 1931 ganz besonders intensiv tätig. Hier ist die enge Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein sowie der Verkehrsgemeinschaft hervorzuheben. Für verschiedene Arbeiten wurden besondere Kommissionen gebildet. Bei den Betrieben von Handel und Industrie setzten wir uns für eine neuzeitliche, energische und zielklare Werbung ein. Gegen die Kaufzurückhaltung wurde ein Aufruf erlassen, der wiederholt in allen Tageszeitungen des Paderborner Landes erschienen ist. An der Belebungsaktion für das Bad Lippspringe waren wir auch sehr eng beteiligt. Die Arbeiten wurden fortgesetzt. — Mit der Reichsbahndirektion Kassel haben wir Verhandlungen über die Einführung sogenannter

Wochenmarktkarten

geführt. Unser Antrag ist unterstützend an die Hauptverwaltung nach Berlin weitergeleitet. Man verspricht sich von der Einführung der verbilligten Wochenmarktkarten eine Belebung des Reichsbahnverkehrs, andererseits aber auch eine Belebung der Städte. — In der Geschäftsstelle waren die Manifestantenlisten den Mitgliedern zur Einsichtnahme ausgelegt. — Wir wandten uns erneut gegen das Ueberhandnehmen der privaten Geldsammlungen, die nur unterstützt werden sollen, wenn sie ausdrücklich schriftlich von uns genehmigt sind. Ferner wandten wir uns gegen das Adreßbuchunwesen. Unlautere Firmen wurden durch Rundschreiben mitgeteilt. Auffällig viele Mitgliedsfirmen sind leider trotz unserer wiederholten Warnungen Opfer von Betrugsfirmen geworden. — Der Syndikus geht dann zu den

städtischen Etatsberatungen im Jahre 1931

über, streift den vor kurzem gestellten Antrag des Handelsamts

auf Aufhebung der Mädchen-Pflichtberufsschule

die bei den schwierigen Finanzverhältnissen der Stadt heute nicht mehr vertretbar sei und eine völlige unproduktive Ausgabe bedeute. Der Syndikus berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen, die geführt sind zwecks Vereinfachung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen.

Die Mädchen-Berufsschule erfordere einen städtischen Zuschuß in Höhe von 21 000 RM. Schwierigkeiten bereiteten noch Verträge mit Lehrpersonen. Durch Zusammenlegungen sollen bei der gewerblichen Berufsschule 2 einhalb

und bei der kaufmännischen Berufsschule 3 ein Drittel Lehrkräfte eingespart werden. Die Handelsmittelschule soll ganz eingehen. Die Einsparungen seien hier unvermeidlich, zumal in keiner Stadt Deutschlands so hohe Berufsschulbeiträge gezahlt werden müßten wie in Paderborn.

Auch teilt er mit, daß auf Grund der Notverordnung eine Nachumlage zu Gunsten des Kreises durch den Magistrat angeordnet worden sei. Zu den beabsichtigten

Realsteuererhöhungen für das Jahr 1932

nimmt Herr Dr. Bergmeyer, wie folgt Stellung: Mit einer etwaigen Erhöhung der Realsteuerzuschläge könne sich die Wirtschaft keinesfalls einverstanden erklären. Schon jetzt müsse mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam gemacht werden, daß **eine weitere Belastung von Handel und Industrie im gegenwärtigen Augenblick einfach untragbar sei. Schonung der Wirtschaft** müsse heute oberster Grundsatz sein. Die Wirtschaft der Stadt Paderborn bedürfe in dem **verzweifelten Existenzkampf**, den sie heute führe, eher einer fühlbaren Steuer**entlastung**. Zum Allerwenigstens dürfen wir erwarten, daß der steuerlich überlastete Mittelstand von einer **Erhöhung** bestehender Realsteuersätze verschont bleibe. Die Ausgabenansätze müßten dann eben so überprüft werden, daß nur die allerwichtigsten Aufgaben übrig blieben. Die Ausgaben müßten fortfallen, die nicht unumgänglich notwendig seien. Eine Lösung dieser schwierigen Frage werde gefunden werden müssen. — Vor den

Arbeitsgerichten bezw. Landesarbeitsgerichten

waren im Berichtsjahr 119 Sachen zu vertreten mit einem Gesamtstreitwert von etwas mehr als 85 000 RM. Verschiedene Sachen wurden wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung bis zum Reichsarbeitsgericht durchgeführt. — Es wurden für 25 Tarifgruppen 42 Tarifverträge abgeschlossen. In verschiedenen Gruppen trat tarifloser Zustand ein. Die Laufdauer der Verträge war im Allgemeinen kurzfristig. Bei unserem Vorgehen ließen wir uns ganz und gar von dem Gedanken leiten, den Arbeitnehmern die Arbeitsstätte zu erhalten, anstatt an neuer Arbeitslosigkeit mitzuwirken. — Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten sank im Februar 1932 auf 122,3, während sie im Oktober 1924 134 betrug. Der Index ist also um 12 Punkte unter den Stand von 1924 gesunken. Die Einzelhandelspreise sanken im Durchschnitt allein von 1929 bis 1931 um 25—30 Prozent. — Im Anschluß an diese Ausführungen streift der Syndikus die

Tarifpolitik der Paderborner Arbeitgeberverbände

und führt aus, daß die Aufgabe der Arbeitgeberverbände in einer Krisenzeit wie der gegenwärtigen nicht nur eine sehr schwierige, sondern auch eine im Interesse des Volksganzen ungeheuer wichtige sei: Einerseits hatten wir die Aufgabe, mit rücksichtsloser Offenheit auf die wirtschaftliche Situation, in der wir uns befinden, hinzuweisen und auf dem Gebiet der gesamten Lohn- und Sozialpolitik, die vielfach sehr harten Maßnahmen zu fordern, die sich aus dieser klar erkannten Situation ergaben. Schließlich hatten wir noch mehr vielleicht als in früheren Jahren den Kampf um die Aufrechterhaltung der Grundsätze der freien Privatwirtschaft überhaupt zu führen und die Stellung des Unternehmertums in der Wirtschaft zu verteidigen. Es ist bekannt, wie sehr sich die Zahl der Anhänger planwirtschaftlicher Ideen jeder Form vergrößert hat und wie gerade in der letzten Zeit die Angriffe auf das private Unternehmertum in einem jede Grenze übersteigenden Maße zugenommen haben. Ich muß auch von dieser Stelle aus zweierlei erklären: Einmal, daß wir deutschen Unternehmer nicht daran denken, Handlungen zu decken, die mit den seit jeher in unserem Wirtschaftsleben **anerkannten Moralbegriffen** nicht vereinbar sind. Sodann aber, daß wir mit der gleichen Entschiedenheit die völlig unberechtigte Verallgemeinerung einzelner keineswegs in der Privatwirtschaft, sondern mindestens in **dem gleichen Maße auch** in der öffentlichen Wirtschaft vorgekommener Verfehlungen zurückweisen. Mit schwerer Sorge und schmerzlicher Selbstkritik stehen wir andererseits vor der Tatsache, daß es uns trotz allen Mühens nicht gelang, die Kräfte in Volk und Bürgertum zu wecken, die unserem wirtschaftspolitischen Wollen gestaltenden und gesundenden Einfluß auf den Gang der Dinge hätten geben können. Das Bürgertum ist zu einem erheblichen Teil Mitläufer einer antibürgerlichen Bewegung geworden und verschleiert sich diesen Zustand der Schwäche und Energielosigkeit. Die individualistische Wirtschaftsgesinnung, die der Hauptträger der großen nationalen, kulturellen und sozialen Aufwärtsbewegung unseres Vaterlandes im vorigen Jahrhundert gewesen ist, steht heute isoliert einer durch die Parteidemagogie verführten und durch das wirtschaftliche und soziale Elend zermürbten öffentlichen Meinung gegenüber. Es gilt für den unternehmerischen Geist, für das hohe sittliche Prinzip selbstbewußten und selbstverantwortlichen Handelns jedes einzelnen im ganzen deutschen Volke wieder Vertrauen zu erwecken, damit es aus der jetzigen seelischen Müdigkeit wieder zu einem besseren Zukunftsglauben und zu aktiver Wiederaufbaubereitschaft geführt werden kann.

Dr. Bergmeyer appelliert zum Schluß an die Wirtschaft des Paderborner Landes, sich nicht niederzwingen zu lassen, sondern im Bewußtsein darauf, daß unserer Generation vom Schicksal eine ganz besonders große Verantwortung auferlegt sei, zu kämpfen und alle Kräfte bis zum Anbruch einer neuen Zeit zusammenzuraffen. (Lebhafter Beifall).

Der Vorsitzende stellt nach einem herzlichen Dankeswort an Dr. Bergmeyer für seine Ausführungen und seine sehr umfangreiche und eifrige Arbeit den Bericht zur Aussprache. Der Wirtschaftsbund habe sich als eine nützliche Gründung erwiesen, die auf die Initiative von Syndikus Bergmeyer erfolgte. Erstrebenswert sei die gesetzliche Reform der Vergleichsverfahren. Die Einsparungen beim Paderborner Berufsschulwesen seien in der gegenwärtigen Notzeit unvermeidlich. Es gehe nicht an, daß eine Stadt wie Paderborn mit nur 35 000 Einwohnern bez. der Belastung durch Berufsschulbeiträge an der Spitze aller deutschen Städte stehe. Besonders unterstreicht der Vorsitzende die Arbeit der Einzelausschüsse und des Liboriausschusses, die sich beide außerordentlich bewährten. Endlich unterstrich der Vorsitzende noch das jetzt gute und einträchtige Verhältnis in der Zusammenarbeit zwischen Handelsamt und Handelskammer. Letztere würde jetzt auch wieder die „Wirtschaftlichen Nachrichten" erscheinen lassen. Das gute Zusammenwirken zwischen Handelsamt und Handelskammer liege gewiß im Interesse des Gewerbes und man werde alles tun, es weiter zu fördern. (Beifall.)

Zu Punkt: **Verschiedenes**, meldete sich niemand zum Wort und so konnte Verlagsbuchhändler Josef Schöningh, der seit Gründung des Handelsamtes diesem erfolgreich als Vorsitzender vorsteht, die 14. Generalversammlung schließen.

Gelbe Raucherzähne

„Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und unschön wirkten. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B., Horst Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Heimatlicher Teil

Merkblatt für den 14. April.

Sonnenaufgang	5⁰⁷	Mondaufgang	10⁰⁰
Sonnenuntergang	18⁵⁴	Monduntergang	2⁴⁵

1759: Der Komponist Georg Friedrich Händel gest.

Fußgängerwoche.

Unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl begann in Berlin die Fußgängerwoche. Man darf aber nicht glauben, daß dies eine reine Berliner Angelegenheit sei, denn Fußgänger gibt es noch überall in der Welt, und Autos und andere Fahrzeuge, mit denen sie in Kollision geraten könnten, gibt es auch allerorts. Selbst die kleinsten Ortschaften, selbst die entlegensten Landstraßen können da plötzlich zu einem Gefahrenzentrum werden. Wo ein Fußgänger ist, ist auch sofort ein Auto, ist vielleicht auch ein Fuhrwerk mit durchgehenden Pferden da, das ihn anfahren und umwerfen kann.

Nun ist aber die Berliner Fußgängerwoche nicht so zu verstehen, als ob in Berlin eine ganze Woche lang nur Fußgänger das Straßenbild beherrschen dürften, damit die Autos und das andere Fuhrwerk erkennen, daß der Fußgänger schließlich auch noch da ist. Im Gegenteil: der Fußgänger soll gerade in der Fußgängerwoche recht häufig mit den Autos zusammenkommen, um zu lernen, wie man sich im Verkehr mit ihnen zu benehmen hat, und wie man ihnen ausweicht. Konflikte zwischen Fußgängern und Autos sollten unter allen Umständen vermieden werden: die beiden so verschiedenen Verkehrsinstrumente — die Füße und die Wagenräder — sollten sich näher kennen, sich besser verstehen und sich, wenn möglich, sogar lieben lernen. Wenn irgendwo ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Fußgänger erfolgt, ist die große Gemeinde der Fußgänger — sie ist ja schließlich immer noch in der Mehrheit — in den meisten Fällen geneigt, die Schuld unbedingt, und ohne die Sache erst näher zu untersuchen, dem Auto beizumessen. Und damit tut man den Autos und den anderen Fahrzeugen nicht selten unrecht; denn auch der Fußgänger ist nicht immer frei von Schuld und Fehle. Es gibt Fußgänger, die sofort das Richtiggehen verlernen, wenn ihnen ein Auto begegnet. Sie gehen auf verkehrsreichen Straßen so gemütlich über den Damm, als wenn sie in Gedanken gerade ein Kreuzworträtsel lösten. Oder sie verlieren derart den Kopf, daß sie nicht wissen, ob sie nun vorwärts oder wieder zurück, ob sie rechts oder links gehen sollen. Und ehe sie sich entschieden haben, sind sie überfahren.

Während der Berliner Fußgängerwoche sollen nun die Fußgänger durch „Verkehrsregeln für Fußgänger", die überall verteilt werden, ein bißchen erzogen werden. Eine Erziehung und Belehrung der Fahrzeuglenker ist schon vorher und wiederholt geschehen. Der Fußgänger braucht sich also nicht gekränkt zu fühlen — es wird durchaus mit gleichem Maß gemessen; denn der Fahrzeuglenker ist auch nicht unfehlbar. Es braucht nun nicht überall Fußgängerwochen zu geben, und es brauchen nicht überall Verkehrsregeln für Fußgänger verteilt zu werden, aber überall, wo es nicht ausschließlich Autofahrer, sondern auch noch ein paar Fußgänger gibt, sollten sich diese Fußgänger vernünftigerweise sagen: Von deinem richtigen Umgang mit Autos und anderen Fahrzeugen hängen dein Leben, deine Gesundheit und das Wohlergehen deiner Familie ab — also gehe richtig mit ihnen um, das heißt: gehe richtig!

Der Deutsche Sängerbund erläßt Richtlinien für Wertungssingen.

:) Alsbald nach Beendigung des großen Wertungssingens des Rheinisch-Westfälischen Sängerbundes in Essen wurde der Wunsch laut, der Deutsche Sängerbund möge Richtlinien erlassen, die für die ganzen deutschen Gaue maßgebend sein sollen. Nachdem auch in anderen Bezirken Deutschlands Wertungssingen abgehalten und die darin gemachten Erfahrungen gesammelt wurden, beschäftigte sich nunmehr unter dem Vorsitz des Stadtkapellmeisters Dr. Laugs (Kassel) der Musikausschuß des Deutschen Sängerbundes mit den von den Einzelbünden geforderten Richtlinien. In mehrstündiger, angeregter Unterhaltung wurde beschlossen, die Beobachtungen und Erfahrungen, die bei den einzelnen Wertungssingen gemacht wurden, niederzulegen und bestimmte Richtlinien für den Deutschen Sängerbund aufzustellen, deren Wortlaut demnächst veröffentlicht werden soll.

Hinsichtlich der Aufnahme der gemischten Chöre besteht bisher in den deutschen Sängerbundskreisen immer noch Unklarheit, die auf der nächsten Tagung, die anfangs 1933 in Dortmund stattfinden soll, behoben werden dürfte. Bisher war es in das Ermessen der einzelnen Bünde gestellt, die männlichen Mitglieder der gemischten Chöre aufzunehmen. Von den verschiedensten Seiten wird nachdrücklichst gefordert, daß der Deutsche Sängerbund in der Frage Klarheit schaffe, ob grundsätzlich gemischte Chöre dem Deutschen Sängerbunde angegliedert werden sollen. In Westdeutschland besteht hierfür keine besonders günstige Meinung, da man befürchtet, daß der Deutsche Sängerbund seinen Charakter als Männerchorbewegung verlieren könnte. Auf die demnächstige Beschlußfassung des Deutschen Sängertages darf man gespannt sein.

*

() **Westerloh.** Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. ist in die Gastwirtschaft Austerschmidt-Böddeker eingebrochen. Der Täter hat nach Entkitten und Herausnahme eines Scheibenstückes ein Gastzimmerfenster geöffnet. Im Landen hat er außer Eßwaren und das in einer unverschlossenen Schublade liegende Wechselgeld entwendet. Weitere Gegenstände sind nicht entwendet. Es wird vermutet, daß als Täter eine Person in Frage kommt, die am Tage vorher im Laden 2 Zigaretten gekauft und den Versuch unternommen hat, diese mit einem falschen 50 Pfg. Stück zu bezahlen. Diese unbekannte Person kann nicht näher beschrieben werden. Sie soll jedoch eine Schlägermütze getragen haben. Das Alter schätzt man auf 20 bis 25 Jahre. Die Person soll ziemlich verwahrlost gewesen sein.

*

Der Freispruch im Prozeß Dr. Pint rechtskräftig.

:: Die Staatsanwaltschaft hat ihren Revisionsantrag gegen das freisprechende Urteil im Prozeß gegen den Bürgermeister Dr. **Pint** in Bad Lippspringe zurückgezogen. Damit ist das Urteil rechtskräftig geworden.

Das Neueste vom Tage.

Vom Mittwoch bis 13 Uhr.

Verschiebung der Kanzlerreise nach Genf.

Berlin, 13. April. Reichskanzler Dr. Brüning wird seine Reise nach Genf, die für heute vorgesehen war, erst morgen antreten.

Krisenkongreß der Gewerkschaften.

Berlin, 13. April. Unter dem Vorsitz von Leipart sind hier heute die Gewerkschaften zu einem **Krisenkongreß** zusammengetreten. Zur Eröffnungssitzung waren Reichsarbeitsminister **Stegerwald**, Reichsarbeitsminister a. D. **Brauns**, Innenminister **Severing**, Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer** und andere erschienen. **Leipart** eröffnete den Kongreß. Er erklärte, die Allgemeinheit sei gegen die Arbeitslosigkeit der sechs Millionen abgestumpft. Die maßgebenden Stellen für ihre Abstellung, zögerten beim Zupacken. Es bleibe daher die Aufgabe der Gewerkschaften um so nachdrücklicher die Forderungen auf Arbeitsbeschaffung zu erheben. Die Finanzierung sei, betonte **Redner, nicht aussichtslos**, wenn Reichsbahn, Reichspost, **Reichsbank und** andere Stellen die Initiative ergriffen. Es müsse planmäßig vorgegangen werden, unter Wahrung der Lohntarife, Abschaffung der Ueberstunden und Ausschaltung der Doppelverdiener.

Tardieus Abrüstungsrede.

Paris, 13. April. Die Rede Tardieus (siehe Seite 1) wird von der Pariser Presse eingehend besprochen. Die Rechtsblätter loben Rede und Redner, die bürgerliche Linkspresse kritisieren die Ausführungen. Diese Rede strebe jeglicher Abrüstung entgegen. Diese Blätter heben hervor, daß die Vorschläge Gibsons einen ersten Schritt für die Abrüstung abgeben könnten. Die Rechtsblätter kündigen eine weitere Rede Tardieus an.

Neue Erdstöße in Chile.

Newyork, 13. April. Aus Chile werden neue starke Erdstöße gemeldet. Ganz Chile wurde von der Katastrophe heimgesucht. Auch in Argentinien ist der Schaden groß. Man spricht davon, daß die Weizenernte vernichtet wurde.

Kleine Funkmeldungen

Das Luftschiff **„Graf Zeppelin"** ist heute Mittwoch, vormittag 8,30 Uhr, von seiner zweiten Amerikareise zurückkommend, in **Friedrichshafen gelandet.**

In **England** verlangen die Baumwollspinnereien neue **Lohnherabsetzungen.** Die Gewerkschaften wollen die Forderungen **ablehnen.**

In der **Mandschurei** wurde **gegen** einen Eisenbahnzug der **japanische Truppen** an die mandschurische Kampffront führte, ein **Bombenattentat** verübt. 11 Soldaten wurden getötet, 70 verletzt.

Wetterbericht.

Die Wetterlage zeigt wenig Veränderung. Langsame Beruhigung dürfte zu erwarten sein.

Wettervorhersage für Donnerstag:
Unbeständig, zeitweise aufklarend und kühl.

Paderborner Stadtchronik

vom 13. April 1932.

Paderborner Haus- und Grundbesitzer-Verein.

Die gestern abend im Kaiserhofsaale tagende Versammlung des **Haus- und Grundbesitzervereins** wies einen befriedigenden Durchschnittsbesuch auf. Der Vorsitzende, Auktionator Schmücker eröffnete die Versammlung kurz nach 20 Uhr mit einem Nachruf an den verstorbenen Dr. Jörissen-Köln, an dem die deutsche Haus- und Grundbesitzerorganisation einen unverdrossenen und erfolgreichen Mitarbeiter verloren habe. — Auf die gegenwärtige Lage übergehend stellte der Redner fest, daß der Haus- und Grundbesitz durch die letzte Notverordnung empfindlich getroffen worden sei. Von einer Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 Prozent könne in Preußen keine Rede sein, die Ermäßigung betrage hier höchstens 16—17 Prozent. Auf der einen Seite würden die Steuern gesenkt, auf der andern erhöht. Auch in Paderborn werde eine Erhöhung der Realsteuern beabsichtigt, was auf eine weitere Belastung der ohnehin unter einem unerträglichen Wirtschaftsdruck stehenden Haus- und Grundbesitzer hinauslaufe. Man dürfe aber hoffen, daß die städtischen Körperschaften für die allgemeine wirtschaftliche Notlage ein Verständnis hätten und eine Realsteuer-Erhöhung fernhalten würden.

Der Vorsitzende knüpfte hieran noch einige weitere Mitteilungen. So sei verschiedentlich Klage darüber geführt worden, daß die Beamten ihre Mieten in Raten zahlten, doch treffe dies nicht auf die untere Beamtenschaft zu. Auf eine Anfrage beim Wohlfahrtsministerium ist folgende Auskunft eingegangen:

„Die Beamten sind nur dann zu einer ratenweise.. Zahlung der Mieten berechtigt, wenn sie die fällige Miete ohne eigenes Verschulden nicht rechtzeitig zahlen können." — Nach dieser Stellungnahme darf angenommen werden, daß ein Beamter nur höchst selten den Nachweis zu erbringen vermag, daß er von der ersten Gehaltsrate ohne eigenes Verschulden die volle Miete nicht zahlen kann. Es dürfe erwartet werden, daß sich der Beamte aus den vorausgegangenen Gehaltszahlungen die fällige Miete zurücklegt. — Neuerdings mehren sich die Klagen, daß die Mieter die von ihnen übernommenen Schönheits-Reparaturen nicht ausführen. Der Vermieter könne jederzeit verlangen, daß diese Ausbesserungen in allen Fällen, wo der Mieter die Mieten um 4 Prozent für die Schönheits-Reparaturen gesenkt hat, diese nun auch ordnungsmäßig vorgenommen würden. Dies sei ganz besonders beim Wohnungswechsel zu beachten. — Immer wieder müsse auf die Wichtigkeit der Haftpflichtversicherung hingewiesen werden. Der Hausbesitzer ist für alle Nachteile, die durch Hausschäden entstehen, verantwortlich. Hier bietet die vom Verein abgeschlossene Kollektiv-Haftpflichtversicherung einen wirksamen und billigen Schutz gegen Ersatzverbindlichkeiten. Die Prämie beträgt bei einem Mietswerte bis zu 3 000 RM. 4,70 RM. — Auf die Notlage im Handwerk übergehend, bat der Vorsitzende die Mitglieder dringend, die Handwerkerschaft soweit als eben möglich durch Arbeitserteilung zu unterstützen. Das Handwerk ringe schwer um sein Dasein. Der Hausbesitz sei von jeher der bedeutendste Arbeitgeber des Handwerks gewesen. Leider stehe es heute so, daß viele Hausbesitzer trotz allen guten Willens nicht imstande wären, die notwendigen Instandsetzungen in und an den Häusern ausführen zu lassen. — In der letzten Zeit treiben hier und anderswo die Hypothekenschwindler ihr Unwesen. Diese Leute haben es lediglich auf die Erlangung von Vorschüssen abgesehen, denn zur Geldbeschaffung seien sie niemals in der

Lage. — Höchst ungünstig wirken sich zur Zeit die unnötigen Abhebungen von Guthaben bei den Sparkassen aus. Die Sparkassen haben ohnehin unter der gegenwärtigen Geldkrise schwer zu leiden und sind bei starken Rückzahlungen von Guthaben gezwungen, die Aufwertungshypotheken zu kündigen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Bei der Hypothekenkündigung sei lediglich der Haus- und Grundbesitz der Leidtragende, in dessen Interesse es liege, daß die Sparkassen nicht durch unnötige Geldentziehung geschwächt würden. — Ueber die Umsatzsteuer bei Vermietung gewerblicher Räume habe das Reichsfinanzministerium einen neuen Erlaß herausgegeben. Danach bleibt es bei der seitherigen Verordnung, daß eine Umsatzsteuerpflicht bei der Vermietung von Läden in Wohnhäusern in der Regel nicht vorliege, es sei denn, daß es sich um eingerichtete Räume handelt. — Nachdem die Mieten am 1. Januar d. J. ermäßigt worden sind, ist die hier und da unter Hinweis auf die am 1. 4. eingetretene Hauszinssteuerermäßigung geltend gemachte Forderung um eine Mietherabsetzung von 10 Prozent durchaus unberechtigt, zumal da die Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 bis 25 Prozent hinter der Mietsenkung zurückbleibt.

Der Vorsitzende wandte sich nun einer besonders zeitgemäßen Frage zu, nämlich der Ablösung der Hauszinssteuer. Hierüber läßt sich jetzt, nachdem die preußischen Ausführungsbestimmungen erlassen sind, ein abschließendes Urteil bilden. Dank der Bemühungen des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine sind fühlbare Verbesserungen für die Ablösung der Hauszinssteuer erreicht worden. So ist die Ablösungsfrist, in der nur der dreifache Jahresbetrag der Hauszinssteuer zu zahlen ist, bis zum 30. September 1932 verlängert worden. Bei der Festsetzung des Ablösungsbetrages wird die Hauszinssteuer für das Rechnungsjahr 1932 zugrunde gelegt. Die Ablösungsfrist, in der der drei einhalbfache Jahresbetrag bei der Ablösung zu entrichten ist, bewegt sich in der Zeit vom 1. 10. 1932 bis 31. 3. 1934. Weiter ist vom Zentralverbande erreicht worden, daß bei Ablösung mit fremden Mitteln die Eintragung des Ablösungsbetrages an erster Stelle vor allen Rangverhältnissen im Grundbuch erfolgen kann, ganz gleich, wer der Geldgeber auch sei. Die Ablösung bietet zweifellos Vorteile, sie birgt aber auch Risiken in sich. Wenn sich auch die Reichsregierung verpflichtet hat, daß der ablösende Eigentümer steuerlich nicht ungünstiger gestellt werden soll, als der nichtablösende, so weiß doch heute keiner, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung und die künftige Gesetzgebung gestalten wird. Die Steuererleichterungen nach Par. 9 der Hauszinssteuerordnung erreichen mit der Ablösung ihr Ende, doch muß mit der Aufhebung des Par. 9 zum 1. 4. 1935 gerechnet werden. Nachteile von der Ablösung der Hauszinssteuer können unter Umständen solche Eigentümer haben, die damit rechnen müssen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mieter so verschlechtern können, daß diese nicht mehr in der Lage sind, die volle Miete zu zahlen. Immerhin muß zugegeben werden, daß ein gewisser Anreiz für die Ablösung der Hauszinssteuer gegeben ist. Die endgültige Entscheidung muß aber unter Würdigung aller Einzelheiten dem Eigentümer selbst überlassen bleiben.

Die Ablösung ist bei der Kämmereikasse anzumelden, worauf die Zahlung bei der Staatl. Kreiskasse zu erfolgen hat. Ueber alles weitere gibt die Geschäftsstelle gern Auskunft. — In der anschließenden kurzen Aussprache erklärte Stadtv. Versen, daß die Ablösung der Hauszinssteuer nur dann empfohlen werden könne, wenn das Geld aus flüssigen oder geschäftlichen Mitteln oder aus einem Bankguthaben entnommen werden könne. Die Inanspruchnahme der Sparkassen dürfe aus den bereits erwähnten Gründen nicht in Betracht kommen.

Der Vorsitzende verbreitet sich dann über die Offenlegung der Einheitswerte. Am 20. April werden die Einheitswerte auf 4 Wochen offen gelegt, und zwar in Paderborn beim Finanzamt. Es ist jedem Eigentümer dringend anzuraten, sich die Offenlegungsliste innerhalb der Auslegungsfrist genau anzusehen. Falls nach seiner Ueberzeugung der Einheitswert zu hoch angesetzt ist, muß sofort Einspruch beim Finanzamt erhoben werden. Eine schriftliche Zustellung der Einheitswerte greift nur bei auswärtigen Eigentümern Platz, doch ist auch allen übrigen Eigentümern die Gelegenheit geboten, gegen Erlegung einer Gebühr von RM. 1.— bei der Finanzkasse die schriftliche Zustellung zu beantragen. Der Vorsitzende richtete an alle Mitglieder die dringende Bitte, die Liste möglichst bald einzusehen, und sich über die Eintragungen genaue Vermerke zu machen, weil diese bei der Erhebung von Einsprüchen unbedingt erforderlich sind. Eine besondere Bedeutung gewinnt diesmal die Festsetzung der Einheitswerte dadurch, weil wahrscheinlich schon im nächsten Jahre das Steuervereinheitlichungsgesetz in Kraft treten wird.

Auch über diesen Punkt entstand eine kurze Aussprache worin u. a. Rechtsanwalt Dr. Rempe bemängelte, daß mit der Art der Offenlegung der Listen von dem bisherigen Brauche abgegangen worden sei, und daß dadurch allerlei unerfreuliche Weiterungen entstehen könnten. Im übrigen empfiehlt er dringend, von den Eintragungen möglichst unter genauer Beachtung des Schemas Wort für Wort Abschrift zu nehmen, weil hierauf vieles ankommen könnte. Direktor Schmitz hält es für ratsam, daß nicht nur darauf geachtet werde, daß der Einheitswert nicht zu hoch, sondern daß er auch nicht zu niedrig angegeben sei, weil auch dadurch, wie er an einem bestimmten Vorgange nachwies, Schädigungen für den Eigentümer eintreten könnten. — Die Tagesordnung war damit beendet. Der Vorsitzende wies dann noch darauf hin, daß die Geschäftsstelle Montags von 15—18 Uhr, und Donnerstags von 15—19 Uhr für kostenlose Auskünfte geöffnet sei. Auskünfte am Fernsprecher werden hinfort nur in dringenden und besonders begründeten Fällen erteilt. Der Vorsitzende legte dann noch den Anwesenden die Werbung neuer Mitglieder ans Herz und schloß die Versammlung um 22 Uhr.

Aus Nah und Fern

Düren. Ein guter Fang. In der letzten Nacht sperrten Beamte des Hauptzollamtes, mit Unterstützung des Aachener Streifdienstes, die Hauptverkehrsstraßen Aachen—Jülich—Düsseldorf und Aachen—Jülich—Köln ab. Die Schmuggler stellten jedoch die Ausdauer der Beamten auf eine große Probe. Erst gegen 6 Uhr heute morgen wurde deren Mühe von einem beachtenswerten Erfolg gekrönt. Den auf der Straße Jülich—Köln stehenden drei Beamten des Hauptzollamts gelang es, einen Kraftwagen mit vier Leuten aus Elberfeld zu stellen, in dem sich 30 000 Zigaretten, 160 Pfund Kaffee und 3 Kilogramm Tabak befanden. Die Schmuggler versuchten zwar durchzubrechen, gaben aber ihre Absicht beim Anblick der mit Karabinern bewaffneten Beamten auf. Sie wurden mit Waren und Wagen dem hiesigen Hauptzollamt zugeführt.

Rundfunk-Programm

Gleichbleibendes Werktagsprogramm: 6.45: Leibesübungen. 7.00: Konzert. 7.00: und 8.00: Wetter, Zeit. 9.45: Hilde Bremus: Gymnastik für Frauen: 10.00: Erste Meldungen, Zeit. 10.10: Mensch und Welt. Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose. 11.20: Schallplattenkonzert. 12.00: Konzert. 12.50: Wetter, Meldungen, Zeit. 13.00: Konzert. 15.30: Zeit, Wirtschaftsberichte. 15.50: Kinderfunk 17.00: Vesperkonzert. 19.00: Wirtschaftsmeldungen, Wetter, Sport Zeit. 19.55: Abendmeldungen. 22.00: Meldungen, Sport.

Donnerstag, 14. April.

Westdeutscher Rundfunk.

11,10: Rhytmisches Turnen. 16,10: Mitteilungen aus dem Schulfunk. 16,20: Aus der Arbeit der Berufsschule Oberhausen Rheinland. 18.15: Der westfälische Lebensraum, Hans Roselieb: Peter Hille. 18,40: Italienisch. 19,15: Vom Tage. 19,30: Berlin: Tanzabend der Kapelle Anton Goronzy. Gesang: Kurt Mühlhardt. 21,00: New York: Konzert. Latein-amerikanischer Musik aus dem Prachtpalast aller amerikanischen Republiken. 21,35: Nachtmusik und Tanz.

Geschäftliche Mitteilungen

Achtung! Achtung! Sanne und Ella, die klugen Hausfrauen, sprechen im Radio, aber sie halten keinen langweiligen Vortrag, sondern sie unterhalten sich über praktische Küchenerfahrungen. Auch Sie können zuhören und sich davon überzeugen, daß Sanella-Margarine auch die einfachsten Speisen kräftig und schmackhaft macht. Fortschritt im Haushalt, das heißt Sanella verwenden.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Maurerpolier Heinrich Kürpick, 64 Jahre, Elsen. — Landwirt Heinrich Lückehe, 31 Jahre, Nordborchen.

Druck und Verlag der Paderborner Anzeiger und Verlagsdruckerei A.-G. in Paderborn. Geschäfts- und Schriftleitung Martin Wagner in Paderborn.

Zum Besten der städtischen Nothilfe
Sonntag, 17. April 16,30 Uhr in der **Schützenhalle.**
großes Sonder-Konzert
mit volkstümlichem Programm insgesamt fast 300 Mitwirkende. **Preise:** RM. —.50 bis 1,50. Vorverkauf bei Junfermann. Autobus-Pendelverkehr ab 3 Uhr vom Westerntor.

Pfingsten im Schwarzwald
Billige Reichsbahnsonderfahrt
Kassel—Hornberg—Triberg—Baden-Baden 13.—23. Mai 1932
8 Uebernachtungen in Hornberg oder Triberg (wahlweise)
2 „ „ Baden-Baden
Rundfahrt durch den südlichen Schwarzwald
Preis etwa 60,00 RM.
Fordern Sie Sonderprogramm am Fahrkartenschalter.
Reichsbahndirektion.

J. Herwald, Paderborn, Stempelfabrik, Auf dem Ostbahnhof, Stempel u. Schilder



Wer an Asthma, Bronchialkatarrh leidet, dem teile ich kostenlos mit, wodurch ich von meinem mehrjährigen Leiden gänzlich befreit wurde.
Fritz Kleine. Kaufmann. **Bonn** 159 Roonstraße 19.

Einheirat
biete ich tüchtigem u. strebsamen Kaufmann Da selbst vermögend, kommt für mich nur eine Neigungsehe mit einem Manne von tadellosem Charakter in Frage, dem ich evtl. auch mein Kapital zur Verfügung stelle. Bin 23 J., 1,65, schlank u. von natürlichem Wesen. Ernstgemeinte Briefe (mit Adresse!) erbitte ich unter Nr. 350 an d Gesch. d. Pad. Anz

Silberbesteck (100 Aufl.) für 12 Personen mit Zubehörteilen, ganz neu, rostfreie Klingen mod schweres Muster für fast den halben Preis abzugeben. 150.— Mk. Off u. 358 an die Gesch. d. Pad. Anz.

Verband sucht **Ortsgruppenleiter.** Bewerber müss. kaufm. Bildung besitzen. Off. m. Zeugnisabschr. unt. Nr 332 a. d. Pad. Anz.

Fr. Pommer, Paderborn
Rathausplatz 3-5 Bahnhofstr. 3a
Schreiben Sie auf gutem Briefpapier! Meine Spezialmarken enthalten nur beste holzfreie Papiere u. sind billig.
Heimatpost jetzt 40 Pfg.
Hermannspost „ 70 „
Hermannspost „ 70 „
Leinen od. gebämmert
Dazu einen schönen Goldfüllhalter, (mit 14kar. Goldfeder schon von 2,75 RM an) und das Schreiben macht Ihnen Freude!

Hotel Luisenhof
Für Vereine und Versammlungen halte ich meinen Saal bestens empfohlen. **Aug. Büxe**

Tudorfer Wurstwaren
in altbekannter best. Qualitätsware treffen
jeden Markttag
frisch und geräuchert bei mir ein.
Jos. Montag
Paderborn
Kilianstr. 13, Tel. 2135

Eden-Pflanzen-Butter
Pfund-Paket 80 ₰ lose Pfund 75 ₰
Reine Pflanzen-Margarine
Pfund nur 56 ₰ im Paket.
Reform- und Fruchthaus
Albert Dammeyer
Westernstr. 15 Schildern 9

Laden
in verkehrsreicher Straße Paderborns gesucht. Gefl. ausführliche Angebote unter Nr. 362 an die Geschäftsstelle des Paderb. Anzeigers.

Bekanntmachung.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der § 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1909 folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Gemeinde Nordborchen bildet einen Sperr- und die Gemeinde Kirchborchen einen Beobachtungsbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften der §§ 162 bis 164 und für den Beobachtungsbezirk die Vorschriften der §§ 166 und 167 der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 1. Mai 1912.

§ 3.

Vorsätzlich und fahrlässige Uebertretung der vorstehenden Anordnung unterliegen der Bestrafung nach § 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes.

Nordborchen, den 12. April 1932.

Der Bürgermeister des Amtes Kirchborchen als Ortspolizeibehörde
gez. Mues.

Wer verkauft sein Haus evtl mit Geschäft oder sonstig. Anwesen am Platze od. Umgeb.? Ang. v. Besitzer m. Preis usw. an F. Bohenberger, Stuttgart, Postf. 592

In unser Handelsregister Abteilung A ist am 12. 4. 1932 zu No 613 bei der Firma Wilhelm Reinhard Kommanditgesellschaft in Paderborn eingetragen, daß anstelle des persönlich haftenden Gesellschafters Richard Textor der Kaufmann Albert Zecher in Paderborn getreten ist. Es sind jetzt 2 Kommanditisten vorhanden

Amtsgericht Paderborn

Oeffentliche Mahnung.

Bis spätestens zum **15. April 1932** ist die staatl. Grundsteuer nebst den Gemeindezuschlägen und die Hauszinssteuer für April 1932 zu zahlen.

Bei verspäteter Zahlung der Steuer ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag in Höhe von 1¼ v. H. des Rückstandes zu entrichten.

Nach Ablauf des obigen Termins erfolgt ohne weitere Benachrichtigung

die **kostenpflichtige Pfändung**

und Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht mehr.

Paderborn, den 11. April 1932.

Kämmereikasse.

Wer die Heimat liebt, der liest sein Heimatblatt



Bis einschl. Samstag erhalten Sie 5% Rabatt in Marken außer Zucker.

Pflaumen 110	2 Pf.	nur 42	Pfg.
Pflaumen 40/50	2 „	„ 58	„
Pflaumen 25/35	2 „	„ 95	„
Mischobst I	2 „	„ 92	„

Thams & Garfs
Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080



Bis einschl. Samstag erhalten Sie 5% Rabatt in Marken außer Zucker

Bruchreis	2 Pfd.	nur 23	Pfg.
Rangoon-Reis	2 „	„ 28	„
Brasil-Reis	2 „	„ 35	„
Ital glas. Reis	2 „	„ 38	„

Thams & Garfs
Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080

Nr. 88
Zweites Blatt

Lippspringer Anzeiger

Donnerstag, den 14. April 1932

Geschäftsordnung in Preußen geändert

Die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Änderung der Geschäftsordnungsbestimmungen.

(235. Sitzung.) tt. Berlin, 12. April.

Der Preußische Landtag trat nochmals zu einer Vollsitzung zusammen, auf deren Tagesordnung als erster Punkt

die Beratung des Antrages der Regierungsparteien auf Änderung der Geschäftsordnung

steht. Haus und Tribünen sind verhältnismäßig stark besetzt. Die Regierungsbank ist dagegen leer. Ministerpräsident **Braun** und die übrigen Staatsminister haben ihre Abgeordnetenplätze eingenommen.

Präsident **Wittmaack** eröffnet die Sitzung und weist darauf hin, daß er den Landtag auf Wunsch der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei noch einmal einberufen habe.

Abg. **Gelbmann** (Komm.) beantragt, daß der kommunistische Antrag gegen Beeinträchtigung der Wahlpropaganda der als zweiter Punkt auf der Tagesordnung steht, zuerst beraten wird. Die Kommunisten hätten Kenntnis erhalten von der Absicht der Regierungsparteien, nach Erledigung ihres eigenen Antrages die weiteren Verhandlungen des Hauses unmöglich zu machen.

Abg. **Beuscheid** (Komm.) fordert Beratung eines Antrages seiner Fraktion, der sich gegen die Reichsnotverordnungen und besonders gegen den darin enthaltenen Abbau von Unterstützungssätzen wendet.

Abg. **Stendel** (D. Vp.) beantragt, den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung

von der Tagesordnung abzusetzen,

und erklärt sich mit der Beratung des kommunistischen Antrages einverstanden. Der Landtag gebe sich seine Geschäftsordnung selbst. Die beabsichtigte Änderung sei für diesen Landtag ohne Bedeutung und

greife in die Rechte des künftigen Landtages ein.

Abg. **Jürgensen** (Soz.) bestreitet, daß die Regierungsparteien die Absicht hätten, bei Beratung des kommunistischen Antrages die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Eine Änderung der Geschäftsordnung sei schon bei Widerspruch von 15 Abgeordneten nicht möglich. Der Beratung des zweiten kommunistischen Antrages könne seine Fraktion erst zustimmen, wenn der Antrag gedruckt vorliege.

Der Antrag **Stendel** (D. Vp.) wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt. — Abgelehnt wird auch der Antrag auf Umstellung der Tagesordnung und der kommunistische Antrag gegen Abbau der Unterstützungssätze.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Zu dem Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung beantragt Abg. **Borck** (Dtn.) namentliche Abstimmung.

Der Antrag der Regierungsparteien betrifft den § 20 der Geschäftsordnung des Landtages vom 24. November 1921 der folgendes besagt:

> „Der Landtag wählt mit verdeckten Stimmzetteln den Ministerpräsidenten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los durch die Hand des Präsidenten."

Nach dem Antrag der Regierungsparteien soll nunmehr die Bestimmung der Geschäftsordnung hinsichtlich der engeren Wahl, bei der die einfache Mehrheit genügt, gestrichen werden, so daß also jeder neue Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden müßte. Kommt eine solche absolute Mehrheit bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten nicht zustande, so dürfte der bisherige Ministerpräsident als geschäftsführender Minister weiter im Amte verbleiben. Auf die Begründung des Antrages wird von den Regierungsparteien verzichtet.

In der Aussprache erklärt Abg. Dr. **von Winterfeld** (Dtn.), am 24. April werde es sich entscheiden, daß die Regierungsparteien keine Mehrheit mehr haben. Eine Umgehung des Willens des preußischen Volkes und der Versuch sich selbst an der Macht zu erhalten, sei

eine unerhörte Schiebung.

(Beifall rechts.)

Abg. **Stendel** (D. Vp.) betont, seine politischen Freunde seien nicht bereit, an diesem ausgesprochenen Schwindelmanöver mitzuwirken. (Großer Lärm bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Schwenk** (Komm.) lehnt den Versuch der Koalitionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung zu ihren Gunsten zu ändern, mit Entschiedenheit ab.

Abg. **Hestermann** (Wirtschaftspartei) erklärt, die Weimarer Koalition habe abgewirtschaftet. Seine Partei lehne es ab, durch die beantragte Änderung der Geschäftsordnung dem Ausfall der Preußenwahlen vorzugreifen.

Abg. **Vollmers** (Landvolk) nannte es kaum glaublich, daß sich die Regierungsparteien mit dem Todeszug dieses Landtages durch eine Lebensversicherung für das Weiterbestehen dieser Regierung einsetzen wollten.

Abg. **Ruschke** (Staatspartei) wendet sich dagegen, daß es sich bei dem Antrag um eine Schiebung und ein Schwindelmanöver handele. (Lebhafte Zurufe bei den Oppositionsparteien.) Es handle sich darum, die Geschäftsordnung mit der preußischen Verfassung in Einklang zu bringen. (Zuruf rechts: Das merken Sie erst nach 13 Jahren!) Allerdings hätte man die Änderung schon früher machen können. (Zuruf rechts: Haben Sie denn bis jetzt ohne Verfassung gearbeitet?) Nach dem Bekanntwerden der Vorheimer Dokumente sei es unverständlich, daß das Landvolk die Nationalsozialisten an die Regierung kommen lassen wolle, um abzuwarten, was sie für den Bauernstand leisten. Die Regierungsparteien hielten es für absolut notwendig,

Verbrecher von der Regierungsmacht fernzuhalten.

Abg. **Lindner** (Christlichsoz. Volksdienst) weist in einer Erklärung auf die Opposition des Volksdienstes gegen das Kabinett Braun hin, die in der

nicht genügenden Wahrnehmung der evangelischen Belange

durch die Regierung begründet sei. Auch der Volksdienst werde die jetzigen Pläne der Regierungsparteien auf Erhaltung des Kabinetts durchkreuzen.

Abg. **Borck** (Dtn.) erklärt die Begründung des Antrages für falsch und als neuen Beweis für die Schiebung.

Damit schließt die Aussprache. Das Haus schreitet unter großer Spannung zur namentlichen Abstimmung. Die Oppositionsparteien, auch die Kommunisten, beteiligen sich nicht an der Abstimmung, bleiben aber im Saal

Es wurden im ganzen 232 Karten abgegeben, davon 228 mit ja, drei mit nein. Eine Stimme war ungültig. Das Haus ist also beschlußfähig, der Antrag der Regierungsparteien angenommen. Das Ergebnis wird von den Regierungsparteien mit lebhaften Beifallskundgebungen aufgenommen.

Das Haus tritt dann in die Beratung des kommunistischen Antrages ein, der sich

gegen angebliche Beeinträchtigung der kommunistischen Wahlpropaganda

wendet und jede Behinderung für die Zukunft unterbinden will.

Abg. **Kasper** (Komm.) begründet den Antrag. Er erklärt, die preußische Polizei habe einen unglaublichen Wahlterror gegenüber der Arbeiterschaft ausgeübt. (Als Innenminister Severing den Saal betritt, rufen die Kommunisten im Chor: „Nieder mit dem Gummiknüppelminister!")

Ohne weitere Aussprache wird der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt, nachdem ein Antrag der Volkspartei, der allgemein jede Wahlbehinderung beseitigen wollte, gleichfalls abgelehnt worden war.

Darauf schließt Präsident **Wittmaack** die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht wieder zusammentreten werde. Auf seine Bitte wird dem Präsidenten jedoch die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag noch einmal einzuberufen.

Germania erklärt:

Das Zentrum hat nicht für Braun optiert.

Zu der von der Preußenkoalition beschlossenen Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages erklärt die „Germania":

Wir haben gegen die Vornahme dieser Aenderung für den gegenwärtigen Augenblick lebhafte Bedenken geäußert und diese Bedenken bestehen fort. Es schien uns, mitten in einem mit den übelsten Mitteln geführten Wahlkampf aus psychologischen und taktischen Gründen nicht nützlich, eine Tatsache zu schaffen, die zu anderer Zeit ohne weiteres zu rechtfertigen wäre. Nachdem nun doch eine Mehrheit des Landtages hierfür zustande gekommen ist, halten wir es für notwendig, zu der sachlichen und politischen Seite einige Bemerkungen zu machen. Sachlich liegt der Fall ganz klar. Der bisherige Zustand ist ein Unding. Was die politische Seite betrifft, so kann es sich, soweit die Zentrumspartei in Frage kommt, selbstverständlich nicht darum handeln, etwa die bisherige Koalition oder das Kabinett Braun in alle Ewigkeit an der Macht zu erhalten. Das Zentrum lehnt es ab, ausgesprochene Minderheitsregierungen, noch dazu von radikaler Prägung, zur Macht gelangen und von dieser Macht, entgegen der Volks- und Parlamentsmehrheit, Gebrauch machen zu lassen. Sie will gerade einen starken Zwang dahin ausüben, daß auch im neuen Landtag eine Mehrheitsregierung unter allen Umständen zustande kommt. Wenn also das Zentrum an der Aenderung mitgewirkt hat, so ist das keine „Option" für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines Geschäftsführenden Ministeriums.

Severing legt wegen Noske Berufung ein.

Disziplinierung der Richter?

Der preußische Minister des Innern teilt durch den amtlichen preußischen Pressedienst u. a. mit:

„Nachdem die in dem Rechtsstreit des Verlages des „Niedersächsischen Beobachters" in Hannover gegen den dortigen Oberpräsidenten ergangene einstweilige Verfügung durch Urteil des Landgerichts in Hannover vom 9. April 1932 bestätigt worden ist, hat der preußische Minister des Innern gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht in Celle Berufung einlegen lassen.

Ueberdies hat der preußische Minister des Innern den Herrn Justizminister gebeten, zu prüfen, ob aus dem Ju-

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung.

Das Reichskabinett an der Arbeit.

Die Ausgestaltung der Arbeitsbeschaffung.

Das Reichskabinett trat zu einer Sitzung zusammen, um vor der Mitte dieser Woche erfolgenden Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehen sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Am Mittwochvormittag werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem sogenannten Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Am Nachmittag dieses Tages findet eine weitere Kabinettssitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf irgendwie erörtert werden können oder sollen. Ob angesichts der Fälle der in dieser kurzen Zeitspanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinett schon in vielen früheren Sitzungen beschäftigt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein festumrissener Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf größerer Grundlage ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Ressorts bestrebt, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt. Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beabsichtigten Ausgestaltung der Arbeitsdienstpflicht, erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf spruchreif sein werden.

Mittwoch abend verläßt Reichskanzler Dr. Brüning Berlin, um sich nach Genf zu begeben. Am Sonnabend wird der amerikanische Außenminister Stimson dort eintreffen, und Tardieu, der auf kurze Zeit nach Paris zurückreist, wird ebenfalls ab Montag wieder in Genf sein. Daraus ergibt sich, daß die großen internationalen Besprechungen, die sowohl der Abrüstungsfrage wie dem Donau-Problem und der Reparationsfrage gelten, der nächsten Woche das Gepräge geben werden. Der Reichskanzler hat die ganze nächste Woche für diese außenpolitischen Verhandlungen frei gemacht; am Sonnabend, den 23. April, will er wieder nach Berlin zurückreisen, um am Tage der Preußenwahl wieder in Berlin zu sein.

Mehrausgaben und Fehlbeträge im Reichshaushalt.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Februar. Danach ist im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe bis Februar 1932 von 96,5 Millionen, davon im Februar 0,3 Millionen zu verzeichnen. Im außerordentlichen Haushalt ist eine Mehrausgabe von 126,9 Millionen, davon im Februar 2,7, entstanden.

In den vorgenannten Mehrausgaben sind die aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge von 645,5 im ordentlichen und von 261,4 Millionen im außerordentlichen Haushalt nicht enthalten.



So gestern

Die Schlußsitzung des Preußischen Landtages.
Ein Blick in den Sitzungsraum des Preußischen Landtages, der jetzt zu seiner letzten Sitzung vor den Neuwahlen zusammengetreten ist.



So heute

Der arme Wähler!
Nach den bisherigen Mitteilungen werden die Parteien zu den preußischen Landtagswahlen rund 7000 Kandidaten benennen.

halt der Begründung — unbeschadet der richterlichen Unabhängigkeit — sich Anlaß ergibt, im Rahmen der Dienstaufsicht gegen die an dem Zustandekommen der einstweiligen Verfügung beteiligten Richter einzuschreiten."

Etatsverabschiedung in Lippe.

Nationalsozialistischer Mißtrauensantrag.

Im Lippischen Landtag wurde die dritte Lesung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 vorgenommen. Abg. Meyer (Dnat.) führte aus, die Zahlen, auf denen der Etat aufgebaut sei, beruhten auf Angaben des Reichsfinanzministers bei einer Ministerbesprechung. Es sei geradezu ein Leichtsinn, aus solchen mündlich gegebenen Zahlen positive Etatszahlen abzuleiten. Die deutschnationale Fraktion werde den Etat ablehnen, auch aus einem anderen Grunde noch, da sie nämlich diesem Staatshaushalt eine Etatsehrlichkeit nicht zugestehen könne. Abg. Staercke (D. Vp.) führte aus, daß seine Partei dem Haushalt zustimmen werde. In ähnlichem Sinne sprachen die Vertreter der Mittelparteien und der Sozialdemokraten. Abg. Helms (Natsoz.) stellte gegen die Landesregierung einen Mißtrauensantrag, über den in der nächsten Sitzung abgestimmt wird. Der Staatshaushalt wurde in dritter Lesung gegen 5 Stimmen der Rechten und der Stimme des kommunistischen Abgeordneten angenommen.

Kurze politische Nachrichten.

Dem Reichspräsidenten sind aus Anlaß seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer großen Anzahl von Staatsoberhäuptern, ferner von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Spitzenorganisationen und Verbänden sowie viele Tausende privater Kundgebungen zugegangen.

*

Wie das Staatsministerium bekanntgibt, finden die Wahlen zum Mecklenburg-schwerinschen Landtag am 5. Juni statt.

*

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz ist in Genf zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Aufhebung der bezahlten Stellenvermittlungsbüros, Zulassung von Kindern in den nichtindustriellen Betrieben, Änderung des Arbeitsabkommens über den Schutz der Hafenarbeiter gegen Unfälle. Die deutsche Regierung ist auf der Tagung durch den früheren Reichsarbeitsminister Brauns vertreten.

*

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund) hat den politischen Parteien Preußens eine Anzahl von Forderungen übermittelt, die sich auf der Basis ihrer bekannten Grundsätze bewegen, die zuletzt ausführlich während der großen Tagung in Potsdam behandelt wurden. Die Parteien sind gebeten worden, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen.

4000 Besucher der Riesa.

Speisung Bedürftiger.

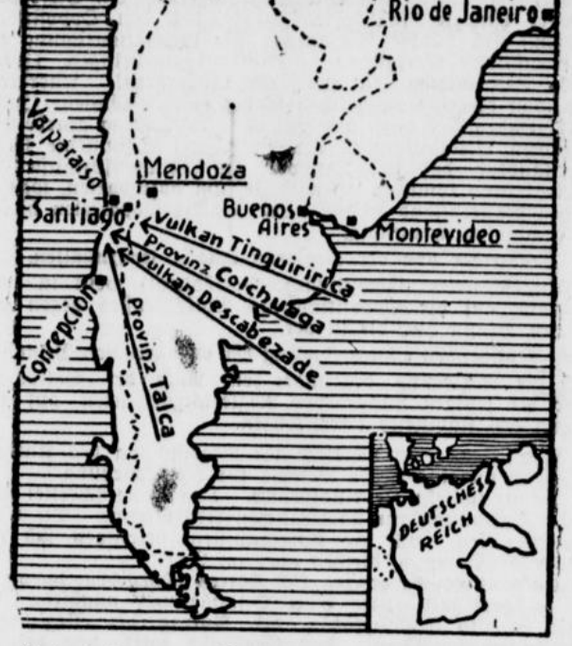
Der Andrang zur in Hameln stattfindenden Fachausstellung für das gastronomische Gewerbe steigert sich zeitweilig zum Massenbesuch, so daß die Zahl von 4000 bereits überschritten ist. Mittags fand eine Speisung bedürftiger Einwohner statt und 350 Minderbemittelte, deren Auswahl man im Einvernehmen mit dem Wohlfahrtsamt getroffen hatte, waren zum Mittagessen eingeladen. In dankenswerter Weise hatten sich verschiedene Aussteller in den Dienst der Sache gestellt und unentgeltlich für Lebensmittel und ihre Zubereitung gesorgt.

Alte Vulkane erwachen.

Die Vulkanausbrüche in Chile.

Aschenregen über 1300 Kilometer hin.

Das Gebiet der Erdbeben und Vulkanausbrüche in Chile erstreckt sich über eine Strecke von über 700 Kilometern: es reicht von Santiago bis südlich von Concepcion. Drei Vulkane, die für erloschen galten, haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Unaufhörlich wird der



Karte des von der Vulkankatastrophe heimgesuchten Gebietes.

Zum Vergleich der Größverhältnisse ist in die rechte untere Ecke die Karte Deutschlands im selben Maßstab eingezeichnet.

Boden von starken Erdstößen erschüttert. Die ganze Gegend ist mit Aschenwolken bedeckt. Selbst in Montevideo, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten Vulkan entfernt liegt, ist dichter Aschenregen gefallen. Viele Leute hatten Schirme aufgespannt, andere banden sich Tücher vor Mund und Nase, um sich vor dem Einatmen der Asche zu schützen. Die Fernsprech- und Telegraphenleitungen nach dem Vulkangebiet sind größtenteils unterbrochen. Die chilenische Regierung hat ein Flugzeuggeschwader nach dem Gefahrengebiet entsandt, das Beobachtungen anstellen soll. Viele Städte mußten am Tage wegen der Dunkelheit infolge des Aschenregens Licht brennen. Der Aschenregen hatte stellenweise auch

große Verkehrsstörungen

zur Folge. So konnten sich Autos und Eisenbahnzüge nur mühsam durch die am Boden liegende Asche hindurcharbeiten. Einige Städte in der Provinz Mendoza in Argentinien haben dringend Sauerstoffapparate angefordert, da sie durch Vulkangase schwer gefährdet seien. Im Berggebiete von Patagonien ist ebenfalls ein Vulkan ausgebrochen, so daß man für Südchile große Befürchtungen hegt.

Merkwürdige Wirkungen hatten die Vulkanausbrüche in Chile in Argentinien. In mehreren argentinischen Provinzen liegt die Asche, die beim Ausbruch des Vulkans Descabezado hinausgeschleudert wurde, bis zu 60 Zentimeter hoch. Südlich von Mendoza wurden starke Erdstöße mit donnerähnlichen Detonationen verspürt. Selbst in Buenos Aires war die Luft mit Aschenstaub erfüllt. Alle bedrohten Ortschaften in der Provinz Mendoza sollen geräumt werden.

Acht Vulkane in Tätigkeit.

Die letzten Meldungen aus dem Katastrophengebiet besagen, daß mindestens acht Vulkane in Tätigkeit sind. Die Lavaströme der verschiedenen Vulkane haben große Strecken guten Ackerlandes vernichtet. Hilfszüge, die aus Mendoza abgingen, mußten infolge des Aschenregens wieder umkehren. Hunderte von Menschen sind infolge Einatmens der Schwefelgase schwer erkrankt. Tausende von Menschen sind auf der Flucht. Die ganze Bevölkerung ist von panischem Schrecken ergriffen.

Chile als Vulkan- und Erdbebenland.

Chile ist reich an Vulkanen, von denen mehrere fast dauernd tätig, andere aber „in Ruhe" sind. Daß aber auch diesen letzteren nicht zu trauen ist, beweisen die jetzt erfolgten Ausbrüche von Vulkanen, die man nicht mehr wichtig nahm.

Auch Erdbeben kommen in Chile sehr häufig vor. 1751 wurde die Stadt Concepcion von einem Erdbeben fast völlig zerstört. 1822 wurde Valparaiso arg verwüstet, 1835 Neu-Concepcion. Auch Santiago hatte mehrere Male schwer unter Erderschütterungen zu leiden.

Kommt ein Aschenregen auch über Europa?

Die gewaltigen Vulkanausbrüche, die zur Zeit große Teile Südamerikas in Unruhe versetzen, sind von einem Aschenregen begleitet, wie er in diesem Ausmaß seit langer Zeit nicht mehr beobachtet worden ist. Es erhebt sich nun die Frage, ob es möglich ist, daß der Aschenregen bei günstigen Luftströmungen

bis nach Europa gelangen kann.

Fest steht, daß die außerordentlich feine vulkanische Asche bei großen Vulkanausbrüchen Tausende von Kilometern zurücklegen kann, sobald sie höhere Luftschichten erreicht hat. Das konnte zum Beispiel bei dem gewaltigen Ausbruch des Krakatau im Jahre 1883 sowie bei dem Ausbruch des Vesuvs im Jahre 1906 beobachtet werden. Viele Monate nach dem Ausbruch des Krakatau wurden in Europa in klaren Nächten in großer Höhe leuchtende Wolken beobachtet. Es handelte sich dabei um Aschenwolken, die noch von der Sonne beleuchtet wurden, wenn die Erde schon längst in nächtlichem Dunkel lag.

Beobachtungen, daß vulkanische Asche nach einer Wanderung von mehreren tausend Kilometern noch als regelrechter Aschenregen die Erde erreicht, sind bisher nicht gemacht worden. Bleibt die vulkanische Asche in Luftschichten, in denen eine Wolkenbildung möglich ist, so werden die Aschenteilchen schnell von Wassertropfen umgeben und infolge ihrer Schwere auf die Erde fallen. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß Europa diesmal nach den Ausbrüchen der südamerikanischen Vulkane von einem Aschenregen heimgesucht werden wird.

Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich in der nächsten Zeit wieder „leuchtende Nachtwolken" über Europa zeigen, zumal die letzten aus dem Katastrophengebiet vorliegenden Meldungen übereinstimmend dahin lauten, daß der gewaltige Aschenregen unvermindert fortdauert.

10 000 Menschen vom Gastod bedroht.

Aus Buenos Aires wird gemeldet: In der durch die furchtbaren Vulkanausbrüche am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Stadt Marlague, in der argentinischen Provinz Mendoza, befinden sich etwa

10 000 Menschen in Lebensgefahr,

die ausströmenden Gase drohen alle zu vergiften. Die Rettungsaktion ist bisher erfolglos.

Varieté.

Roman eines seltsamen Lebens von Felix Neumann.

38] (Nachdruck verboten.)

Indessen fuhr Gottorps Wagen in größter Schnelligkeit durch die Straßen.

Mit bleichem Antlitz, die Augen halb geschlossen, lehnte Fritz in den Polstern.

Wieder breitete der Freund sorgsam die weiche Decke über seine Knie.

Und der Professor sagte: „Ich hatte auf Sie gewartet. Da hörte ich den Lärm und kam gerade zur Zeit. Ich bringe Sie zu mir nach Zehlendorf. Sie bedürfen der Ruhe und der Pflege."

Da richtete sich Sendrezki empor und fast angstvoll wehrte er ab.

„Nein — nein! Ich danke Ihnen, ich — danke Ihnen —! Aber — ich möchte nach Hause! Nach Hause will ich!"

Und ehe es Gottorp verhindern konnte, klopfte Fritz gegen die Scheibe.

Während der Chauffeur bremste, rief Sendrezki seine Wohnung durch die geöffnete Klappe.

Einen Augenblick stampfte der Wagen, dann wendete er und nahm die neue Richtung.

Müde sank der junge Mensch zurück.

„Seien Sie mir nicht böse! Ich habe mich gestern sehr unfreundlich benommen!"

Der Arzt fiel ein: „Sprechen wir nicht davon. Wie gerne hätte ich Sie bei mir behalten. Ich kann es kaum verantworten, Sie allein in Ihrer Wohnung zu lassen."

Fritz richtete sich auf.

„Sie sind taktvoll, Herr Professor, mich nicht zu fragen, wie dieser Zusammenstoß mit dem Spanier geschah. So will ich Ihnen die Aufklärung geben, denn die bin ich Ihnen schuldig.

Als ich heute meine Garderobe betrat, hatte sich die Bella eingeschlichen. Ich wies sie ab. Aus Rache hetzte sie mir ihren Galan auf den Hals —"

Sendrezki lachte bitter vor sich hin.

„Eine furchtbar alltägliche, banale Geschichte für Fremde. Nur wenn man das alles selbst durchgemacht hat — —"

Der Wagen hielt.

Man war am Ziel. Fritz stieg aus und der Professor folgte ihm.

Mit ernster, fast befehlender Stimme sprach Gottorp: „Als Gegenleistung für den Dienst, den ich Ihnen erwies, darf ich verlangen, einmal Einblick in Ihr Heim zu tun. Nur für einige Minuten. Wenn ich Sie geborgen weiß, bin ich zufrieden. Auch werde ich Ihnen noch ein Mittel geben, das ich stets bei mir trage. Es beruhigt die Nerven —"

Sendrezki schwieg und blickte vor sich nieder.

Dann antwortete er leise: „Bitte, ich sehe ein, daß ich Ihnen Ihren Wunsch nicht abschlagen darf."

Die Herren stiegen die knarrenden Treppen hinauf.

Fritz schloß auf, sie waren in seinem Quartier.

Die schmucklose Lampe blitzte auf.

Gottorp blickte sich verstohlen um.

Das richtige Mietzimmer. Eine Junggesellenbude primitivster Art.

Sendrezki hängte seinen Mantel an den Bügel neben der Tür.

Mit belegter Stimme murmelte er in sichtlicher Verwirrung: „Wollen Sie einen Augenblick Platz nehmen —"

„Wo — schlafen Sie denn, mein junger Freund?"

Stumm wies Fritz nach einem Alkoven.

„Auch nicht gerade das gesündeste. Hier müssen Sie fort, dafür werde ich sorgen —"

Der Jüngling lehnte am Tisch.

Blässe der Wangen wechselte mit heißen Schauern, die über sein Antlitz flogen.

Der Arzt griff nach Sendrezkis Hand.

„Ein bißchen Fieber? Das macht die Aufregung. Wollen Sie nicht zur Ruhe gehen? Ich reiche Ihnen dann das Schlafmittel —"

Fritz schüttelte den Kopf.

Es war still ringsum.

Nur aus der Ferne hörte man den Gesang einer Stimme.

Es war ein altes Wiegenlied, das auf irgendeinem Grammophon gespielt wurde.

„— hörst du, wie der Regen fällt und wie Nachbars Hündchen bellt —"

Mit eigenartigem Blick betrachtete der Arzt den jungen Menschen, der mit seiner Mattigkeit kämpfte. Und nun sah er, wie das Antlitz, dessen Züge er liebgewann, sich schmerzhaft verzog.

„Was ist Ihnen? Warum sind Sie so traurig?"

Er trat näher und legte seinen Arm um die Schulter des Jünglings.

Sendrezki ließ es geschehen, während sein Haupt an die Brust sank.

Bebend kamen die Worte aus dem Munde: „Meine — Mutter — hat früher —"

Ganz leise und behutsam strich Gottorp über das weiche Haar seines Freundes.

„Ich verstehe! Nichts weckt leichter Erinnerungen als ein Lied! Sie haben in mir einen treuen Berater gefunden, der Sie gewiß nicht im Stiche läßt. Ich — gehe nun! Reichen Sie mir vorher ein Glas Wasser!"

Mit wankendem Schritt ging Sendrezki zum Tisch und brachte das Gewünschte.

Der Professor schüttelte ein Pulver hinein.

„Nehmen Sie das und Sie werden traumlos schlafen!"

Dann griff er nach seinem Hut.

„Vorher, ehe ich Sie allein lasse, versprechen Sie mir eins!"

Mit fragenden Augen blickte Fritz auf.

„Geben Sie mir Ihr Wort, daß Sie mich benachrichtigen, wenn Sie meines Beistandes bedürfen! Kann ich mich darauf verlassen?"

Fritz nickte.

Noch ein Händedruck, dann ging der Arzt.

Der Jüngling lauschte auf den verhallenden Schritt.

Er hörte die Tür des Autos zuschlagen und den Ton der Hupe, als der Wagen davonfuhr.

Wirr sah er sich im Zimmer um.

Dann sank er am Tisch nieder und vergrub die glühende Stirn in den fieberheißen Händen.

Elftes Kapitel.

Stanislaus Kudoba erwachte am nächsten Morgen im Hotel mit schwerem Kopf.

Herrgott, es war schon zehn Uhr, und viel galt es zu erledigen.

Er machte sich sofort nach der Alhambra auf den Weg und stellte unter dem Vorwand, Blumen schicken zu wollen, die Privatwohnung des „Verwandlungswunders" fest.

Lange hatte er darüber nachgedacht, ob er diesen Schritt tun solle oder nicht.

Nun kletterte er in dem unfreundlichen Miethaus die Stiegen hinauf und gelangte schließlich an eine Tür, an der ein wackliger Briefkasten ältester Konstruktion hing.

Darunter eine Besuchskarte: Fritz Sendrezki.

(Fortsetzung folgt.)

Infolge der ungeheuren Vulkanausbrüche in Südamerika leiden am meisten Stadt und Bezirk von Marlague in der Provinz Mendoza. Die Erde hat sich dort auf weite Strecken hin gespalten. Die Erdrisse ziehen sich auch unter der Stadt hindurch, so daß ernste Gefahr für die Häuser besteht. Die Einwohner sollen aus der Stadt entfernt werden. Sämtliche Züge, die nach dem Süden fahren, sind mit Flüchtlingen überfüllt. Im Gebiet von Talca verspürte man drei weitere Erdstöße. Große Flammen schlagen aus den Kratern des Descabezado Grande und des Descabezado Chico hervor.

Gaswolken gefährden Hilfsarbeiten.

Starke Schwefelwolken, Erdrisse und giftige Gase vermehren die Panik. Der Lavastrom hat die etwa 100 Kilometer von dem Ausbruchsgebiet entfernt gelegene Stadt San Rafael erreicht. Das im Mittelpunkt der Stadt gelegene Hotel „El Commercio" ging in Flammen auf. Die Andendörfer sind von der Umwelt abgeschnitten. Dorthin gesandte reitende Boten melden, daß Hunderte von Personen ernste Vergiftungen davongetragen haben und dem Erstickungstode nahe sind.

Starke Gaswolken verhindern die Rettungsarbeiten.

Die Hilfsabteilungen können nur schwer vordringen. Der Vulkanstaub verdunkelt die Sonne, der Horizont ist in der Nähe der Ausbruchsherde blutig rot gefärbt. Die Seismologen sagen einstimmig ein vernichtendes Erdbeben in Argentinien voraus.

Die Einwohner von Molina, Curico und San Fernando verlassen ihre Heimstätten. Auch San Vicente, Rengo und Rancagua werden geräumt. Der argentinische Astronom Hartmann vom Laplata-Observatorium glaubt, daß die Aschewolken innerhalb von 48 Stunden Europa erreichen könnten.

Die australische Millionenerbschaft.

Erwerbslose als Erben.

Seit einiger Zeit ist im Freistaat und in der Provinz Sachsen von einer australischen Millionenerbschaft die Rede. Ein nach Australien ausgewanderter Deutscher soll

320 Millionen Mark

hinterlassen haben, und dieses schöne Geld soll an eine Anzahl Leute, die den Namen Schöne führen, verteilt werden. Mehrere Erben sollen in Eilenburg leben, andere in und um Leipzig. In Leipzig soll u. a. ein Cellist Gustav Schöne, der bis vor kurzem in Eilenburg wohnte, 4 Millionen Mark erhalten, seine fünf Geschwister je ebensoviel. Ein Teil der vielen Erben ist seit längerer Zeit erwerbslos. Was an dieser australischen Erbschaftsgeschichte wahr ist, wird die Zukunft lehren. Man hat mit solchen überseeischen Millionenerbschaften in Deutschland schon viele Enttäuschungen erlebt.

Vermischtes

○ **Die Luther-Attentäter in Haft.** Die wegen des Attentats auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther festgenommenen Dr. Roosen und Volkswirt Kertscher sind dem Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium vorgeführt worden. Gegen beide wurde Haftbefehl erlassen, worauf ihre Überführung nach dem Untersuchungsgefängnis erfolgte.

○ **Vier Tote bei einem Bergwerksunglück.** Auf der Zeche „Matthias Stinnes III/IV" verunglückten durch Verfallen eines größeren Bruches ein Abteilungsleiter und drei Bergleute tödlich. Ein Hauer wurde leicht verletzt.

○ **Drei Feuerwehrleute von einer Leiter gestürzt und schwer verletzt.** In München stürzten bei einer Feuerwehrübung drei Feuerwehrleute von einer zehn Meter hohen Schiebeleiter, die durch einen Windstoß umgerissen wurde. Alle drei wurden schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

⊙ **Ein Berliner Großkaufmann in Zürich verhaftet.** Großes Aufsehen erregten im Januar die Betrugsmanöver des Berliner Papiergroßhändlers Karl Scheidemantel. Scheidemantel hatte nach Verübung von Betrügereien Deutschland fluchtartig verlassen. Am 25. Februar wurde er in Turin festgenommen. Er bestritt die Unterschlagungen und wurde aus noch ungeklärten Gründen wieder entlassen. Der Haftbefehl wurde erneuert, und jetzt ist Scheidemantel in Zürich festgenommen worden.

⊙ **Ein Wiener Professor auf der Straße erschossen.** Der bekannte Ohrenspezialist der Wiener Poliklinik, Professor Dr. Gustav Alexander, wurde auf offener Strecke von einem Manne durch drei Revolverschüsse niedergestreckt. Der Professor brach tot zusammen. Der verhaftete Täter, ein tschechischer Schneidergehilfe, erklärte, daß er von dem Professor vor mehreren Jahren operiert und durch die Operation entstellt worden sei, so daß er keine Arbeit finden könne.

⊙ **Ein Hamburger in den Schweizer Bergen verunglückt.** Kurgäste aus Kandersteg fanden am Ausgang des Gasterentales einen toten Mann, der anscheinend verunglückt ist. An Hand der Papiere wurde festgestellt, daß es sich um einen 35jährigen Straßenbahnangestellten Schulze aus Hamburg handelt. Der Tote hatte nur noch einige Pfennige Bargeld bei sich.

⊙ **Selbstmord durch Sturz von einer Pariser Kathedrale.** Ein bayerischer Student, Bernhard Friedmann, der schon mehrere Semester in Paris studiert hatte und kurz vor dem Abschlußexamen stand, stürzte sich von einem der Türme der Pariser Kathedrale Notre Dame und war auf der Stelle tot. Friedmann, der dem Rennwettbetrieb verfallen war, hatte sich in Schulden gestürzt, die er nicht zurückzahlen konnte.

⊙ **Schachspiel gegen 120 Gegner.** Der ungarische Schachmeister Oberregierungsrat Stephan Abonyi hat einen neuen Weltrekord auf dem Gebiete des Simultanschachspiels erzielt, indem er sich mit 120 Gegnern maß. Auch der bisherige Rekord mit 105 Gegnern war sein. Die Austragung der Partien dauerte 14½ Stunden. Abonyi gewann 82 Partien, während er 13 verlor; 25 blieben unentschieden.

Das Zuchthausurteil gegen Karl Strecker aufgehoben.

Die Sache an den Vorrichter zurückverwiesen.

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts hat das Urteil des Schwurgerichts in Potsdam, durch das der Berliner Schriftsteller Karl Strecker, der vor einigen Tagen das 70. Lebensjahr vollendete, wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden war, aufgehoben und die Sache an den Vorrichter zurückverwiesen.

Die Revision stützte sich darauf, daß die Erteilung des Schlußwortes an Strecker eine Formsache geblieben war, da der Angeklagte nach den ersten Worten, die er gesprochen hatte, ohnmächtig zusammenbrach und sich dann nicht mehr äußern konn

Barella zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Untreue, Unterschlagung und Betrug.

Die Erste Große Strafkammer beim Landgericht I in Berlin verurteilte den Waffenhändler Max Barella wegen fortgesetzter Untreue, Unterschlagung und Betruges zu zwei Jahren Gefängnis. Der Haftbefehl blieb aufrechterhalten, das Gericht beschloß aber, Barella aus der Haft zu entlassen mit der Auflage, daß er sich jeden zweiten Tag bei seinem zuständigen Polizeirevier melde.

Barella, der früher in vielen Prozessen als Sachverständiger vor Gericht erschien, wurde beschuldigt, die Berliner Singakademie, den Verein deutscher Jäger und ein Berliner Bankhaus um insgesamt 422 000 Mark geschädigt zu haben.

Republik Mandschurei.

Völkerwanderung zu Asiens größten Bodenschätzen.

Rings um die Sowjetunion ist nach dem Krieg ein System von Pufferstaaten entstanden, die den gefährlichen roten Block von der übrigen Menschheit trennen sollen. Nur in Ostasien grenzte die Sowjetunion bis jetzt an einen mächtigen Komplex, an das menschenreiche China, das von Sibirien aus mit roter Propaganda überschwemmt wurde. Nun ist auch dort ein Pufferstaat dazwischengeschoben worden. Die jüngste Republik, die wir kennen, ist der „Unabhängige" Staat der Mandschurei, im Norden vom Amur begrenzt, im Süden bis an die Große Mauer reichend, im Westen in Wüstengebiet übergehend und im Osten mit einem Zipfel vom Gelben Meer, im übrigen vom japanischen Korea begrenzt. Das ist das Heimatland der Mandschus, dieser kriegerischen Stämme, die einst China unterwarfen und die Chinesen zwangen, als Zeichen ihrer Knechtschaft den Zopf zu tragen.

Die Mandschurei ist von China vollständig verschieden. Die Landschaft erscheint dem Europäer nicht fremdartig. In manchen Teilen der Ebene, die an Seen reich ist, fühlt man sich etwa an Mecklenburg erinnert. Die Urwälder, die andere Teile bedecken, unterscheiden sich nicht wesentlich von mächtigen Waldungen in Finnland oder im europäischen Rußland. Der Reisende, der nur von der Bahn aus einen Blick auf das Land wirft, freut sich zwar über die alpinen Gebirgszüge im Norden, über die Wälder und Seen in der mittleren und südlichen Mandschurei, aber er sucht vergebens nach dem seltsamen Asien, das ihm in China auf Schritt und Tritt begegnet. Der Jäger sieht es anders an, denn die Mandschurei ist die Heimat der gewaltigsten Tiger, die wir je kennen. Die Pelztierjagd ist außerordentlich ergiebig. Dieses Land ist ein Paradies für Jäger, die dort noch Bären schießen können, wo man Zobel fängt, und wo der Reichtum an Vögeln aller Art verblüfft.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war das Gebiet des neuen Pufferstaates ärmer an Menschen als manche Teile Sibiriens. Es ist eine der seltsamsten Erscheinungen der Weltgeschichte, daß dieses menschenleere Gebiet die militärische Basis für die Eroberung des volkreichsten Landes der Erde abgegeben hat. Erst in den letzten vierzig Jahren stieg die Bevölkerungsziffer in der Mandschurei sprunghaft. Die Russen begannen ihre Eisenbahnbauten, nach blutigen Auseinandersetzungen wurde die Erschließung des Landes durch Eisenbahnen von den Japanern fortgesetzt. In Petersburg und in Tokio hatte man erkannt, daß dieses an Bodenschätzen überaus reiche Land eine große Zukunft haben muß, das alle Vorbedingungen für das Entstehen großer Industrien besitzt, zudem auch strategisch einen Schlüsselpunkt für ganz Ostasien darstellt. Nun strömten in die Mandschurei, die um die Jahrhundertwende vielleicht zwei Millionen Einwohner hatte, die aber dreimal so groß wie Deutschland ist, aus den umliegenden Ländern Scharen von Menschen. Die Russen und die Japaner waren die Pioniere, sozusagen die Offiziere der wirtschaftlichen Macht, die dort aufgebaut wurde. Aber von Süden her marschierten die Chinesen an, die in ihrer übervölkerten Heimat keine Lebensmöglichkeit mehr besaßen, und denen die Mandschuherrscher früher verboten hatten, sich in dem den Mandschus vorbehaltenen Gebiet niederzulassen. Die Chinesen, sozusagen die Soldaten der neuen Wirtschaftsmacht Mandschurei, kamen mit der Eisenbahn, mit Schiffen und sogar zu Fuß. Heute wohnen in diesem Land 30 Millionen Chinesen, aber nur 200 000 Japaner. Denn die Japaner können sich physisch nicht in dem rauhen Klima der Mandschurei halten. Der lange Winter ist nur wenig milder als der sibirische Winter. Auch in der Mandschurei herrscht mehrere Monate eine schneidende Kälte von minus 30 Grad.

Wenn wir von China sprechen, so denken wir an eine alte Kultur, vielleicht an Dekadenz. Die Mandschurei ist jungfräulicher Boden. Die schnelle Besiedlung, die jetzt erfolgt, erinnert an eine entsprechende Epoche der amerikanischen Entwicklung, die im Sturmschritt zur höchsten Industrialisierung führte. Die Vorbedingungen dafür bietet auch die Mandschurei. Man schätzt die Kohlenvorräte in der Südmandschurei auf 1,2 Milliarden Tonnen. In der Umgebung von Mukden gibt es ungeheure Lager von Eisenerzen, deren Mächtigkeit von den Geologen auf mehr als 400 Millionen Tonnen geschätzt wird. Auch Petroleum kommt in der Mandschurei vor. Vorläufig ist freilich die landwirtschaftliche Produktion dieses Landes, vor allem der Anbau von Sojabohnen, wichtiger als die industrielle Ausbeute. Japan benutzt sowohl die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie die industriellen Rohstoffe, die für die japanische Wirtschaft unentbehrlich sind. **Die Proklamierung der unabhängigen mandschurischen Republik bedeutet in Wahrheit eine kaum verhüllte japanische Annektion.**

Turnen, Sport und Spiel

Deutsche Turnerschaft

Gau-Mannschaftsgerätekampf und Kunstturnmeisterschaften des Ostwestfälischen Turngaues am 17. April 1932 in Bad Driburg.

Wie im Vorjahre sind auch in diesem Jahre der Mannschaftsgerätekampf und dazu erstmalig die Kunstturnmeisterschaften in Bad Driburg in der Schützenhalle vorgesehen. Schon jetzt haben ca. 15 Vereine ihre Meldungen abgegeben, u. a. auch die Turnvereine Werl und „Germania" Paderborn, welche sich mit sehr guten Ergebnissen an den Kunstturn-Meisterschaften des Kreises 8a Westfalen-Lippe am 17. Mai 1931 in Hamm beteiligten. Beide Vereine konnten als Mannschaftssieger auf beachtlichem Platz aus diesem Kampf hervorgehen.

An die Vereine aber, die ihre Meldung noch nicht abgegeben haben, ergeht der Appell an den Gau-Geräte-Mannschaftswettkampf sowie an den Kunstturnmeisterschaften teilzunehmen. „Leibesübungen treiben ist Bürgerpflicht, Förderung der Leibesübungen ist Dienst am Vaterland," diesen Ausspruch unseres Reichspräsidenten sollten sich alle Turner des Ostwestfälischen Turngaues gerade in der heutigen schweren Zeit, die so reich ist an politischem Hader und wirtschaftlichen Krisen besonders vor Augen führen.

Gut Heil!

*

Sp. **Eine deutsche Kunstturnmannschaft** beteiligt sich diesmal am Schweizer Bundesturnfest vom 15. bis 17. Juli in Aarau. Die Riege wird in einem Sonderlehrgang in der Turnschule unterrichtet und besteht aus Niemitz, Hüls-Breslau, Wedekind-Forst, Lorenz-Hannover, Winter-Wuppertal, Trostheim-Dortmund, Brandfaß-Köln, Eschwei-Pforzheim, Endres-Mannheim, Lorenz-Ulm, Kraft-Schnaitheim, Rehkornwestheim, Bezler-Göggingen, Schwarzmann-Fürth, Polmar-Hohenstein und Kleine-Leipzig.

Sp. **Einen neuen Schwimmstaffelrekord** stellte die Schwimmsportvereinigung Berlin über 4×50 Meter Freistil auf. Sie erreichte 1 : 50,4 und unterbot damit die alte Bestleistung der Kölner Sparta um $^{9}/_{10}$ Sekunden.

Sp. **Nurmis Hochzeit** mit Frl. Sylvi Laaksonen soll bevorstehen, so wird aus Helsingfors gemeldet. Seine Verlobte ist die Schwester des bekannten finnischen Langstreckenläufers, der vor zwei Jahren in Quer durch Berlin siegte.

Literarisches

= **Die beste Partei** ist die der Fröhlichen. Sie wird gebildet aus den Lesern der Fliegenden Blätter. Dieses beliebte altbewährte Familienwitzblatt bringt jede Woche ein neues Heft mit neuen Witzen, Anekdoten, Humoresken und Satiren. Aktuelle Glossen in Reim und Prosa geben ein heiteres Spiegelbild der Zeitgeschichte. Rätsel jeglicher Art unterhalten die Nachdenklichen und Preisaufgaben regen die Begabten zu eigenem humoristischen Denken und Schaffen an. Die besten Lösungen werden jedesmal mit ansehnlichen Geld- und Bücherpreisen ausgezeichnet. Das Abonnement auf die Fliegenden Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag, „Fliegende Blätter" in München 27, Möhlstr. 34.

*

— **Lohnschiebungsverträge** werden durch die in Aussicht stehende Reform der Zivilprozeßordnung in ihrer Gültigkeit weitgehend eingeschränkt. Ueber die gegenwärtige unsichere Rechtslage, wie sie durch die dem Gläubiger ungünstige Rechtsprechung des Reichs- und Reichsarbeitsgerichts und die teilweise abweichende Rechtsprechung der unteren Instanzen geschaffen wurde, berichtet ein längerer Aufsatz in den nächsten Heften der „Wirtschaftlichen Kurzbriefe". Weitere aktuelle Aufsätze berichten über das Fürsorgewesen, über die neue Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Tariflohnverzicht, über Pachtsenkungen, die neue Kraftfahrzeugsteuer usw. Aber auch über alle anderen Rechts- und Steuerfragen geben die W. K. erschöpfend und zuverlässig Auskunft. 45 000 fortschrittliche Kaufleute und Beamte lassen sich durch die W. K. beraten. Ein Beweis für die Güte dieser Zeitschrift! Interessenten wenden sich unter Bezugnahme auf diese Notiz direkt an den Rudolf Lorentz-Verlag, den Verlag der Kurz-Zeitschriften, Charlottenburg 9. Sch.

Kleine telegraphische Meldungen

Devisenverfahren gegen einen Briefmarkenhändler.

Berlin. Gegen den Berliner Briefmarkenhändler Ernst Stock ist jetzt von der Staatsanwaltschaft I ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Dem Briefmarkenhändler, der übrigens auch sein Briefmarkenalbum im Werte von einer Million Mark ins Ausland gebracht haben soll, wird vorgeworfen, ohne Genehmigung der Devisenstelle zwei Wechsel über 87 000 Mark und 100 000 schweizerische Franken ins Ausland gesandt zu haben. Ob eine strafbare Handlung des Briefmarkenhändlers vorliegt, wird zurzeit noch geprüft.

Ein neuer Freistaat Schanghai?

Moskau. Die Moskauer Blätter bringen Einzelheiten über die Verhandlungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen über die Ausrufung Schanghais als Freistaat. Danach sollen die Gruppen versucht haben, verschiedene Großmächte für diesen Plan zu interessieren. Sie behaupten, die Ausrufung Schanghais zum Freistaat sei die beste Lösung in dem chinesisch-japanischen Streit. Schanghai soll nachdem Plan etwa 30 Jahre lang Freistaat bleiben und dann wieder an China übergehen. Die Aufsicht über den Freistaat soll dem Haager Gerichtshof übergeben werden.

Mordanschlag auf den ehemaligen Präsidenten von Syrien.

Beirut. Auf den ehemaligen Präsidenten von Syrien, Subhi Bey Bereket, wurde ein Revolveranschlag verübt. Ein Eingeborener gab auf den Präsidenten mehrere Revolverschüsse ab, als dieser in Begleitung zweier politischer Freunde sein Hotel verließ. Während Subhi Bey Bereket selbst unverletzt blieb, wurden seine beiden Begleiter schwer verwundet. Der Attentäter, der aus politischem Fanatismus gehandelt hat, wurde von einem Polizeibeamten niedergeschossen und schwer verletzt ins Gefängnislazarett von Beirut übergeführt.

„Seeschlacht" in Ekuador.

London. In einer „Seeschlacht", die eineinhalb Stunden dauerte, wurden die Schiffe der ekuadorianischen Aufständischen von Regierungsfahrzeugen geschlagen. Mehrere Stunden lang hatten die Regierungsfahrzeuge die in den Händen der Aufständischen befindlichen Kriegsschiffe verfolgt, ehe es gelang, sie zur Schlacht zu stellen. Die Aufständischen ergaben sich, nachdem sie mehrere Tote und Verwundete verloren hatten. Der Führer der Aufständischen, Mendoza, wurde auf eine Festung gebracht.

Nordirland gegen Anschluß an den Irischen Freistaat.

London. Der Arbeitsminister von Ulster hat eine Erklärung abgegeben, daß Nordirland keineswegs bereit sei, sich dem Irischen Freistaat anzuschließen und sich damit de Valera zu unterwerfen. Es sei Englands Pflicht, Nordirland vor den Aufsaugungsversuchen de Valeras zu schützen.

Streik im größten rumänischen Industriebetrieb.

Bukarest. Die gesamte Belegschaft der Resica-Eisenwerke des größten rumänischen Industriebetriebes ist in den Streik getreten. Sie hat seit drei Monaten keinerlei Bezahlung erhalten. Schlichtungsverhandlungen sind eingeleitet worden.

WIRTSCHAFTSZEITUNG

Wie stehen die Aktien?

Ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise.

Nach einer fast sieben Monate langen Pause wurde an der Berliner Börse wieder zum erstenmal die Kurse von den vereidigten Kursmaklern festgestellt. Diese Kursfestsetzungen bilden ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise. In der angefügten Zusammenstellung stehen die Kurse einiger der wichtigsten Aktien vor der Schließung der Börsen denen nach Wiederaufnahme eines wenn auch beschränkten Börsenverkehrs gegenüber. Die Ziffern zeigen das völlige Daniederliegen des Aktienmarktes, einen Kurstiefstand, der kaum noch zu unterbieten ist. Das Anlage suchende Kapital fehlt eben fast völlig an der Börse, und nur die Spekulation gibt den Märkten einiges Leben.

	Durchschnittskurs Juni 31	Sept. 31	Kurs am 12. April 32
Reichsbank	129,28	108,85	96,5
DD-Bank	100,51	66,44	43,75
Danat-Bank	112,60	74,65	23,00
Dresdner Bank	100,41	41,83	23,00
Commerz-Bank	100,77	66,33	22,00
Reichsbahn-Vorz.-Aktien	83,54	62,96	69,60
Hapag	45,72	29,06	10,87
Norddeutscher Lloyd	47,62	30,13	11,75
Gelsenkirchen	63,61	37,20	30,62
Ilse	139,85	121,92	124,00
Mannesmann	59,14	36,07	32,00
Mansfeld	28,45	12,44	11,25
Phönix	43,83	23,03	13,12
Rheinische Braunkohle	143,75	118,85	155,50
Rheinstahl	66,28	41,47	32,50
Vereinigte Stahl	42,65	24,61	12,00
Aschersleben	115,18	77,34	78,25
Salzdetfurth	177,96	142,73	140,00
A. E. G.	86,27	55,27	22,62
Siemens	114,61	108,00	95,25
Bemberg	76,90	58,20	24,50
Farben	124,50	98,68	83,12
Svenska	207,52	160,65	8,5
Karstadt	28,26	14,02	6,00
Polyphon	116,48	69,31	40,00
Schultheiß	125,27	89,80	44,00
Tietz	87,06	55,76	53,00
Zellstoff Waldhof	66,80	45,18	28,87

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 12. April.

* **Börsenbericht.** Nach fast sieben Monate langer Pause wurden erstmalig wieder durch die vereideten Kursmakler amtliche Notierungen vorgenommen. Die Periode der Verschleierung fand infolge Aufhebung des Kursnennungsverbots ihr Ende und die elektrischen Kursanzeiger kündeten die Kurse an, die ein Spiegelbild der augenblicklichen Wirtschaftslage darstellen sollen. Die Börse eröffnete in schwächerer Haltung. Die Kursrückgänge hielten sich jedoch in Grenzen von etwa 1 bis 2 Prozent. Der Ordereingang war stärker als am Vortag, doch hielten sich die Gesamtumsätze immer noch in engen Grenzen. Geld war weiter leicht. Tagesgeld war mit etwa 5½ Prozent zu haben. Im Verlauf gaben die Kurse weiter nach. Der Privatdiskont wurde erneut um ⅛ auf 5 Prozent ermäßigt. Ein großer Teil der Schlußkurse konnte wegen Umsatzmangels nicht notiert werden. Im übrigen war die Schlußtendenz überwiegend etwas freundlicher.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,96 bis 16,00; holl. Gulden 170,58—170,92; Danz. 82,47—82,63; franz. Franc 16,61—16,65; schweiz. 81,95—82,11; Belg. 58,99—59,11; Italien 21,63—21,67; schwed. Krone 82,42—82,58; dän. 87,16 bis 87,34; norweg. 82,42—82,58; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,05—1,06; Spanien 32,07 bis 32,13.

* **Produktenbörse.** Die lustlose Stimmung hielt weiter an. Am Markt der Zeitgeschäfte konnte Weizen seinen Preisstand für die vorderen Sichten leicht befestigen, während für Roggen die Kurse um 1 bis 2 Mark zurückgingen. Im Handel mit prompter Ware war das Angebot von Weizen etwas größer geworden, jedoch hielt sich die Nachfrage der Mühlen in geringem Umfang. Das gleiche gilt auch vom Roggenmarkt, wo dem geringen Angebot nur kleine Kauflust gegenüberstand. Mehl hatte sehr stille Märkte bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Für Hafer war die Tendenz etwas freundlicher, und die Preise konnten sich behaupten.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	12. 4.	11. 4.
Weiz., märk.	260-262	260-262
pommersch.	—	—
Rogg., märk.	198-200	198-200
Braugerste	186-194	185-193
Sommergst.	—	—
Futtergerste	172-185	172-184
Wintergerste	—	—
Hafer, märk.	164-169	163-168
pommersch.	—	—
westpreuß.	—	—
Weizenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	31,5-35,2	31,5-35,2
Roggenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	26,4-27,7	26,4-27,8

	12. 4.	11. 4.
Weizkl. f. Bln.	11,5-11,7	11,3-11,6
Roggkl. f. Bln.	10,4-10,7	10,4-10,7
Leinsaat	—	—
Raps	—	—
Erbsen, Vikt.	18,0-25,0	18,0-25,0
kl. Speiseerbs.	21,0-24,0	21,0-24,0
Futtererbsen	15,0-17,0	15,0-17,0
Peluschken	16,5-18,5	16,5-18,5
Ackerbohnen	15,0-17,0	15,0-17,0
Wicken	16,0-18,5	16,0-19,5
Lupine, blaue	10,5-12,0	10,5-12,0
Lupine, gelbe	14,0-16,0	14,0-16,0
Seradella	31,0-36,5	31,0-36,5
Leinkuchen	11,1-11,3	11,5
Erdnußkuchen	12,6-12,8	13,0-13,2
Trockenschtzl.	9,6	9,6
Sojaschrot	12,3-12,7	12,4-12,8
Torfml. 30/70	—	—

Keine Besserung am Holzmarkt.

Am Holzmarkt hat sich die Lage bisher nicht gebessert. Nadelrundholz wurde in außerordentlich geringen Mengen, die nur einen Bruchteil der vorjährigen darstellen, hauptsächlich für den Lokalbedarf abgesetzt. Trotz der schlechten Absatzlage konnte sich die Staatsforstverwaltung zu Preiskonzessionen für größere Rundholzmengen in Erwartung einer späteren Besserung des Marktes nicht entschließen. Verhältnismäßig günstig lagen die Verkaufsmöglichkeiten für einige Laubholzarten, insbesondere Eichen-, Eschen- und Buchenrundholz, das sowohl aus dem Inlande wie auch aus dem Auslande (England und der Schweiz) gefragt wurde. Der Schnittholzmarkt zeigte keine wesentlichen Änderungen. Die anhaltende Krise führte zu weiteren Zahlungseinstellungen einiger Firmen. Frisches Schnittmaterial, wie Stammkiefer, astreine Seiten, Mittel- und Zopfware, wurde bisher noch wenig beachtet. Der Export ruhte weiterhin fast vollkommen. Infolge dringenden Angebots aus Finnland und Schweden mußten die Preise um etwa 10—15 Prozent nachgeben.

Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G.

Im März dieses Jahres wurden in der großen Lebensversicherung 2400 Anträge auf 13 Millionen Mark Versicherungssumme eingereicht, in der Spar- und Versorgungsversicherung mit monatlicher Beitragszahlung 6800 Anträge auf 8 Millionen Mark Versicherungssumme. Der gesamte Zugang des Monats beträgt also 9200 Anträge über 21 Millionen Mark Versicherungssumme.

* **Berliner Heu- und Strohnotierungen.** Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,30—1,55; drahtgepr. Weizenstroh (Quadratballen) 1,00—1,15; drahtgepreßtes Haferstroh (Quadratballen) 1,00—1,15; drahtgepreßtes Gerstenstroh 1,00 bis 1,15; Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,30 bis 1,60; bindfadengepreßtes Roggenstroh 1,25—1,40; bindfadengepreßtes Weizenstroh 1,05—1,20; Häcksel 1,85—2,05; handelsübliches Heu, gesund und trocken 1,40—1,60; gutes Heu, gesund und trocken 2,05—2,45; Luzerne, lose 2,40—2,70; Timothy, lose 2,50—2,80; Kleeheu, lose 2,30—2,60; drahtgepreßtes Heu 40 Pf. über Notiz.

* **Berliner Schlachtviehmarkt.** (Amtlicher Bericht.)

wurden für 50 Kilogramm in Mark:		12. 4. bezahlt	8. 4. bezahlt
Ochsen: 1. vollfl. ausgemäst. höchst. Schlachtw., jg.		35	34—35
	ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige		33—34	32—33
	ältere	—	—
3. fleischige		29—32	29—31
4. gering genährte		24—28	25—27
Bullen: 1. jüngere, vollfl. höchst Schlachtw.		27—29	27—29
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		25—28	25—27
3. fleischige		24—25	24—25
4. gering genährte		20—23	20—23
Kühe: 1. jüngere, fleischige, höchst. Schlachtw.		23—26	24—27
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete		19—23	20—23
3. fleischige		15—18	15—18
4. gering genährte		12—14	11—14
Färsen: 1. vollfl., ausgemäst., höchst. Schlachtw.		30—32	31—32
2. vollfleischige		26—29	26—30
3. fleischige		20—25	22—25
Fresser: 1. mäßig genährtes Jungvieh		17—20	17—22
Kälber: 1. Doppellender bester Mast		—	—
beste Mast- und Saugkälber		55—62	50—58
2. mittlere Mast- und Saugkälber		32—54	30—51
3. geringe Kälber		18—30	18—26
Schafe: 1. Mastlämmer u. jg. Masth. (Weidemast)		—	—
2. Mastlämmer u. jg. Masthammel (Stallmast)		39—40	40
3. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe		37—38	37—38
Schweine: 1. Fettschweine über 300 Pfd.		—	—
2. vollfl. Schweine v. etwa 240—300 Pfd.	Lebendgew.	39—40	39—40
3. vollfl. Schweine v. etwa 200—240 Pfd.	Lebendgew.	38—40	38—38
4. vollfl. Schweine v. etwa 160—200 Pfd.	Lebendgew.	36—37	36—37
5. fleisch. Schweine v. etwa 120—160 Pfd.	Lebendgew.	33—35	32—33
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	Lebendgew.	—	—
7. Sauen	Lebendgew.	35—36	34—34

Auftrieb: 1518 Rinder, darunter 253 Ochsen, 518 Bullen, 747 Kühe und Färsen, zum Schlachthof direkt 77, 29 Auslandsrinder; 2692 Kälber, 84 Auslandskälber, 3825 Schafe, zum Schlachthof direkt 367, 14 061 Schweine, zum Schlachthof direkt 2902. — Verlauf: Bei Rindern mittelmäßig, bei Kälbern und Schafen glatt, bei Schweinen ziemlich glatt.

Mastviehaufstellung vom 3. bis 5. Mai 1932.

* **Berliner Magerviehmarkt.** (Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.) Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: 242 Schweine, 240 Ferkel. Verlauf: Etwas lebhafter bei festen Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Läuferschweine, 4—5 Monate alt 28—40; Pölke, 3—4 Monate alt 22—28; Ferkel, 8—12 Wochen alt 17—22, 6—8 Wochen alt 15—17, bis 6 Wochen alt 14—15 Mark je Stück.

Hannoversche Getreidebörse.

Hannover, 12. April. Weizen (Durchschnittsqualität 1dc bis 191 Gramm 263; 186 Gramm nicht gehandelt, 190 bis 193 Gramm 207; 180 Gramm —; 185 Gramm —; Hafer: 162—172; Wintergerste —; Auslandsgerste: ab Bremen unverzollt 110; Auslandsgerste: ab Bremen verzollt 168; La-Plata-Mais: verkehrsfrei verzollt, 168; Heu (gut, gesund, trocken) —; Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 1,05 RM., Weizen- und Roggenstroh, gebündelt oder bindfadengepreßt 0,90 RM. Die Preise verstehen sich ab hannoverschen Stationen, bei Brotgetreide unter Zugrundelegung einer Durchschnittsfracht von 5 RM. pro Tonne bis zur Hafen- oder Mühlenstation.

Der größte Gastgeber Europas.

Deutsche Jugendherbergen ein deutsches Gut.

Es sind jetzt erst reichlich ein Dutzend Jahre her, daß der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen gegründet wurde (2. November 1919). Aber viel älter als die Organisation ist der Gedanke, durch die Schaffung von Jugendherbergen der wandernden Jugend Stützpunkte zu errichten, und noch viel älter, ja eine Eigenart von uns Deutschen, ist der Wandertrieb und das Wandern selbst. Daß die Sehnsucht nach draußen, nach Rückkehr zur Natur, ganz besonders stark in den Großstädten, in den gewaltigen Industrieorten ist, braucht niemanden zu wundern. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat denn auch der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen seine erste Wurzel geschlagen. Dort lernte der Lehrer Richard Schirrmann, noch heute der 1. Vorsitzende des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen, das Wohnungselend in seiner gesundheitsschädigenden und entsittlichenden Einwirkung auf die Jugend kennen. Das Großstadtelend führte ihn zum Jugendwandern.

Aber je mehr das Jugendwandern anschwoll, um so mehr häuften sich die Schwierigkeiten des Übernachtens. Da kam Schirrmann gelegentlich einer Wanderfahrt beim Vorüberwandern an einer ferienstillen Schule der Gedanke, diese Räume Herbergszwecken dienstbar zu machen. Seine Anregung fiel auf fruchtbaren Boden, und im westfälischen Sauerland und Rheinland entstanden 1910 die ersten Herbergen in Altena durch eine Beihilfe der Stadt, in Radevormwald durch die Schenkung eines Fabrikanten und in Herscheid durch eine Spende Krupps. Schirrmann dachte anfänglich nur an die Schaffung von Volksschülerherbergen zur Ergänzung der schon bestehenden Studenten- und Schülerherbergen. Als nun aber auch Schüler von Mittel- und Hochschulen, Fortbildungsschüler, Schulklassen und die weibliche Jugend in steigendem Maß um Aufnahme in den neuen Herbergen nachsuchten, taufte Schirrmann seine Volksschulherbergen in „Deutsche Jugendherbergen" um. Auf der Tagung für Volks- und Jugendspiele in Heidelberg 1913 wurde er mit der Ausarbeitung von Richtlinien zur Schaffung von Jugendherbergen im Reich betraut. Der Krieg machte zunächst die Ausführung des Gedankens unmöglich, aber kaum, daß er beendet war, ging es an die Arbeit. Der „Hauptausschuß für Deutsche Jugendherbergen" wurde gegründet, der Name später in „Verband" und 1928 in „Reichsverband" für Deutsche Jugendherbergen umgeändert.

Das Jugendherbergswerk hat sich seit seinen Anfängen, also im Laufe von über zwanzig Jahren, gewaltig ausgebreitet. Deutschland wurde mit einem Netz von rund 2200 Jugendherbergen überzogen, die im vergangenen Jahre über vier Millionen Übernachtungen zählten und damit zum größten und zugleich billigsten Gastgeber in Europa geworden sind. Ihr Zweck ist der Dienst an der Jugend, die wanderfroh und wanderstark gemacht werden soll. Wanderer sind von jeher Heimatsucher und Heimatfinder gewesen, und die Jugendherbergen sollen schon in unseren Jüngsten die Liebe zur Heimat, zum Vaterlande wecken. Sie sollen ihnen ferner das Gefühl übermitteln, daß wir alle Glieder eines einzigen Volkes sind und daß es in der Jugendherberge keinen Standesunterschied, keine parteipolitische Trennung, keine Konfessionen gibt. Vom Wanderkameraden soll der Weg zum Volksgenossen führen.

Also ein Werk für die deutsche Jugend, das Anspruch darauf erheben darf, ein werdendes Volkswerk zu sein. Aber wie so viele Kulturgüter unseres Volkes, so ist auch dieses infolge der wirtschaftlichen Not in Gefahr. Die deutschen Jugendherbergen, bisher freudig und gern gefördert von behördlichen und privaten Stellen, auch sie haben unter den Notstiften der Sparkommissare in den Ländern, Provinzen und Gemeinden bedenklich zu leiden. Das ist um so trauriger, als den Jugendherbergen in der heutigen Notzeit die wichtige Aufgabe zugefallen ist, der wandernden Jugend den Weg in die Natur offen zu halten, der für sie ein Weg zur Wiedergesundung an Körper und Seele, zur Beruhigung und zur Besinnung ist. Wandern ohne das Vorhandensein eines möglichst dichten Netzes guter, einfacher und billiger Jugendherbergen ist aber heute nicht möglich. Dazu kommt noch die wichtige Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen, bei der die Jugendherbergen unschätzbare Dienste leisten können. Wenn deshalb der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen am kommenden Wochenende (16./17. April) im ganzen Reich durch seine Gaue und Ortsgruppen sowie die Jugendverbände einen allgemeinen Reichsopfer- und Werbetag für die deutschen Jugendherbergen durchführt, sollte niemand zurückstehen und glauben, das ginge ihn nichts an. Zusammenstehen und helfen muß die Losung heißen, denn die Erhaltung und der Ausbau dieses Werkes ist nicht allein eine Sache guten Willens, sondern auch geldlicher Opfer.



Zum Reichs-Jugendherbergs-Tag

der am 16. und 17. April in ganz Deutschland durch Sammlung von Geldmitteln für die Erhaltung der Jugendherbergen beitragen soll. Die Jugendherbergen als gemeinnütziges Unternehmen ermöglichen in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher und seelischer Bedrückung Tausenden von jungen Menschen Erholung und Lebensfreude in der Natur.